



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi de votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. März 1993

Daniel Schloeth, Ulrich Klöti

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Erhöhung des Treibstoffzolls	54.4%	45.6%
Aufhebung des Spielbankenverbots	72.4%	27.6%
Initiative zur Abschaffung der Tierversuche	27.8%	72.2%

Stimmbeteiligung 50.7%
Stimmberechtigte 4'559'400



Universität
Zürich

Forschungsinstitut der Schweizerischen Gesellschaft
für Sozialforschung, Büro Bern, Bärenplatz 2,
3011 Bern, Telefon 031 22 08 09

Forschungsstelle für Politische Wissenschaft,
Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik,
Künstlergasse 16, 8006 Zürich, Telefon 01 257 38 41

Impressum

Die VOX-Analysen eidg. Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen und Wahlen auf nationaler Ebene aufgrund von Befragungsergebnissen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut (Adliswil/Bern) verantwortlich. Die Federführung für die Auswertung der vorliegenden Nummer liegt bei der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft an der Universität Zürich.

MitarbeiterInnen

GfS-Forschungsinstitut:

Projektleitung: Claude Longchamp

EDV/Datenbank: Jürg Wild

Feldchef: Carlo Fröhbauer

Sekretariat: Liliana Leins, Liselotte Müller

Forschungsstelle für Politische Wissenschaft an der Universität Zürich:

Verantwortlich: Prof. Dr. Ulrich Klöti

Autor: Daniel Schloeth

Satz und Druck

SATZART AG, Bern

Benteli AG, Bern

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 25.– (Ausland: Fr. 30.–) bezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: GfS-Forschungsinstitut, Sekretariat, Zürichstrasse 107, 8134 Adliswil, Tel. 01 709 11 11, Fax 01 709 11 09.

17. Jahrgang, © by GfS und Forschungsstelle für Politische Wissenschaft

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1. Die Erhöhung des Treibstoffzolls	5
1.1 Ausgangslage	5
1.2 Wahrnehmung der Vorlage	6
1.3 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen	7
1.4 Entscheidungsmotive	12
1.5 Unterstützung von Pro- und Kontra-Argumenten zur Treibstoffzoll-Vorlage	15
2. Die Aufhebung des Spielbankenverbotes	17
2.1 Ausgangslage	17
2.2 Wahrnehmung der Vorlage	17
2.3 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen	19
2.4 Entscheidungsmotive	20
2.5 Unterstützung von Pro- und Kontra-Argumenten zur Spielbanken-Vorlage	22
3. Die Initiative zur Abschaffung der Tierversuche	24
3.1 Ausgangslage	24
3.2 Wahrnehmung der Vorlage	24
3.3 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen	26
3.4 Entscheidungsmotive	28
3.5 Unterstützung von Pro- und Kontra-Argumenten	30
3.6 Der Vergleich mit den früheren Initiativen	30
4. Die Stimmbeteiligung	33
4.1 Art der Stimmabgabe	33
4.2 Kenntnisstand	35
4.3 Betroffenheit	35
4.4 Entscheidungsschwierigkeiten	36
4.5 Die Stimmbeteiligung nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalsgruppen	39
5. Zur Methodik dieser Befragung	41
Die Hauptergebnisse	42

Tabelle 1: Die effektiven Abstimmungsergebnisse gesamtschweizerisch und nach Kantonen in Prozent der Stimmenden ^{a)}

Kanton	Stimm- beteiligung 7. März 93 %	Abstimmungsergebnisse vom 7. März 1993		
		Treibstoffzoll- erhöhung Ja	Spiel- banken Ja	Tierversuchs- verbot Ja
CH	50.7	54.4	72.4	27.8
ZH	49.8	61.1	68.1	31.0
BE	52.9	59.3	69.9	30.3
LU	48.7	61.9	75.7	26.9
UR	41.9	68.5	76.4	22.7
SZ	46.6	47.1	74.8	23.6
OW	44.9	60.9	75.3	22.5
NW	52.6	58.4	78.1	22.9
GL	46.6	56.9	74.1	31.6
ZG	57.2	58.1	73.7	26.7
FR	51.1	40.5	74.9	18.1
SO	58.0	52.6	74.1	29.5
BS	52.5	69.1	75.8	27.1
BL	54.5	60.0	74.5	23.4
SH	72.5	56.7	69.5	30.5
AR	57.0	60.7	76.7	36.4
AI	49.5	57.7	77.2	21.9
SG	51.5	58.1	76.7	32.2
GR	39.1	65.0	67.3	31.6
AG	50.9	54.8	72.5	26.4
TG	54.6	58.4	73.4	28.6
TI	52.1	42.3	75.2	39.8
VD	45.0	39.9	74.7	21.2
VS	67.5	39.7	68.1	19.9
NE	47.0	44.1	70.5	20.6
GE	47.6	42.3	81.1	24.9
JU	44.5	36.8	66.7	19.8
a) gemäss Bundeskanzlei vom 15.4.93				

Einleitung

Unterstützung für den Bundesrat, Geldbeschaffung und Angleichung an Europa sind die drei gemeinsamen Stichworte zu den drei Vorlagen vom Abstimmungswochende vom 6./7. März.

- Unterstützung für den Bundesrat: Wieder einmal setzen sich Regierung und Parlamentsmehrheit mit ihren Empfehlungen auf der ganzen Linie durch.
- Geldbeschaffung: Die ersten beiden Vorlagen lassen das Geld gleich für drei verschiedene defizitgeplagte Kassen fließen. Die Hälfte des Treibstoffzolls geht in die allgemeine Bundeskasse, die andere dient dem Strassenbau und der Erlös der Spielbanken ist für die AHV reserviert.
- Angleichung an Europa: Sowohl beim Treibstoffzoll wie bei den Spielbanken war der Blick über die Landesgrenze ein wichtiges Argument der SiegerInnen. Dass das Benzin überall in Europa deutlich teurer ist und dass Casinos im Ausland die Regel sind, verfehlte seine Wirkung auf das Stimmvolk nicht. Andererseits hätte die Schweiz mit einem Ja zur Tierversuchsinitiative einen weiteren Sonderfall geschaffen und sich zusätzlich vom Rest Europas isoliert.

Die Nachanalyse der Vorlagen im einzelnen ergibt folgendes:

1. Die Erhöhung des Treibstoffzolls

1.1 Ausgangslage

Benzin und Diesel waren vor dieser Abstimmung durch einen Grundzoll von 22.6 Rappen je Liter und durch einen Zollezuschlag von 30 Rappen belastet. Der 1962 zur Finanzierung des Nationalstrassennetzes eingeführte Zuschlag ist zweckgebunden und fliesst vollumfänglich in den Strassenfonds des Bundes. Bei der jetzigen Vorlage ging es um eine Erhöhung des Grundzolles (erstmal seit 1936) um 20 Rappen. Je die Hälfte davon ist zur Deckung des Defizites in der Bundeskasse und für den Strassenfonds bestimmt. Es wird mit einer Summe von je rund 650 Millionen Franken gerechnet.

Der Bundesrat hatte ursprünglich im Dringlichkeitsverfahren 25 Rappen beantragt. Aus Angst vor einer Abstimmungsniederlage beschloss das Parlament jedoch den Kompromiss von 20 Rappen pro Liter und unterstellte den Beschluss dem fakultativen Referendum.

Autopartei, ACS und der Lastwagenverband Astag ergriffen dagegen das Referendum. Sie wehrten sich gegen eine zusätzliche Belastung der AutofahrerInnen und des Transportgewerbes.

Bei der Parolenfassung der Parteien und Verbände zeigte sich jedoch die Wirkung des Kompromisses von 20 Rappen: Alle Bundesratsparteien, die GPS, die Liberale Partei, der LdU, Arbeitgeberorganisationen, Gewerkschaften und sogar der TCS beschlossen die Ja-Parole. VCS und Gewerbeverband entschieden sich für die Stimmfreigabe.

Tabelle 1.1: Wahrnehmung der Inhalte der Treibstoffzoll-Vorlage

Teilaspekte der Vorlage	Prozent der Antwortenden ^{a)}
Benzin 20 Rappen teurer	58
Erhöhung Benzinpreis	14
Sanierung Bundeskasse	16
bringt Geld, Bund braucht Geld	11
Deckung des Defizites	4
mehr Steuern, Steuererhöhung	2
für Strassenbau	17
Ertrag je zur Hälfte für Bundeskasse und Strassenbau	6
weniger Autofahren, für Umweltschutz	1
Wiederholung des Titels	4
diverse zutreffende Kenntnisse	1
diverse nicht zutreffende Kenntnisse	3

a) Zweifachnennungen möglich. N = 963 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 54).

Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93

Am Abstimmungssonntag zeigte sich erneut der Graben zwischen Deutsch- und Westschweiz: Alle Kantone der Romandie und das Tessin lehnten den Zollzuschlag ab, alle Deutschschweizer Kantone ausser Schwyz stimmten zu. Dies obwohl die Gelder für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes vor allem noch für die Westschweiz vorgesehen sind.

1.2 Wahrnehmung der Vorlage

Welche Inhalte der Vorlage haben die Befragten wahrgenommen? Auf was bezog sich überhaupt ihr Entscheid, Ja oder Nein zu stimmen, oder der Urne fernzubleiben? *Tabelle 1.1* gibt Aufschluss darüber, welche Aspekte den Befragten bekannt waren.

Am häufigsten wurde die Tatsache der Benzinpreiserhöhung erwähnt; 58 Prozent der Antwortenden nannten die genaue Summe von 20 Rappen, weitere 14 Prozent legten sich im Umfang der Erhöhung nicht fest. Personen mit höherem Bildungsabschluss erwähnten eher die 20 Rappen, solche mit nur obligatorischer Bildung beschränkten sich eher auf die allgemeine Aussage der Benzinpreiserhöhung. Eine zweite Serie von Äusserungen kreist um die Auswirkungen auf den Bund; sei es die Sanierung der Bundeskasse (16%), das Geld, das die Treibstoffzollerhöhung bringt (11%), die Deckung des Defizites (4%) oder die Wahrnehmung einer Steuererhöhung (2%). Für 17 Prozent (besonders in den grossstädtischen Agglomerationen) stand der Aspekt des Strassenbaus im Vordergrund, die Hälfte des zusätzlich eingenommenes Geldes ist ja für die Fertigstellung des Strassennetzes reserviert. Lediglich 6 Prozent nannten das

genaue Ziel dieser Vorlage: je die Hälfte des Ertrages für die Bundeskasse und den Strassenbau. Nur gerade 1 Prozent sah einen Umweltschutzaspekt – im Bundesbüchlein am Rand erwähnt – in der Vorlage: die Möglichkeit, dass durch einen höheren Benzinpreis weniger Auto gefahren würde.

1.3 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen

In der Abstimmung vom 7. März votierten 54 Prozent der Stimmenden für den Treibstoffzollzuschlag von 20 Rappen. Der in der Nachbefragung ermittelte Wert von 59 Prozent (siehe *Tabelle 1.2*) liegt leicht ausserhalb des Vertrauensintervalls von ± 3 Prozent. Die für die Interpretation wichtigen Abweichungen der einzelnen Merkmalsgruppen vom durchschnittlichen Ja-Anteil sind von diesem Unterschied jedoch kaum betroffen (jeweils zweite Kolonne in den Tabellen).

Von den sozio-ökonomischen Merkmalen zeigen alle ausser dem Geschlecht einen signifikanten Zusammenhang mit dem Stimmverhalten. Die Stärke des Zusammenhangs erreicht jedoch nur beim Alter, der beruflichen Stellung, dem Autobesitz und besonders beim Landesteil einen aussagekräftiges Niveau. Das Merkmal der Sprachregion übt den stärksten Einfluss auf das Abstimmungsverhalten aus: in der Deutschen Schweiz stimmten 66 Prozent mit Ja, im Tessin 46 Prozent und in der Westschweiz 34 Prozent. Der Unterschied zwischen Romands und DeutschschweizerInnen erreicht mit 32 Prozent erneut einen Spitzenwert; die bei der EWR-Abstimmung resultierende Differenz von 33 Prozent (gemäss VOX-Analyse) hatte grosse staatspolitische Diskussionen ausgelöst. Seit Bestehen der VOX-Analysen ergaben sich Unterschiede über 30 Prozent nur 1985 bei den Vorlagen zur Innovationsrisiko-Garantie IRG (mit 35 %) und der Aufhebung der Gesundheitsbeiträge (mit 31 %). Der bei der EWR-Abstimmung aufgerissene «Stimmzettelgraben» zwischen Deutsch und Welsch ist als Thema in den Hintergrund gerückt, in der Frage des Benzinpreises hat er sich jedoch im selben Mass wieder aufgetan.¹

Je älter und je besser gebildet eine befragte Person, desto grösser war die Zustimmung. Die 30–39jährigen stimmten am ehesten gegen die Benzinpreiserhöhung (9 % unter dem Durchschnitt), Personen ab 60 und besonders ab 70 (+23 % Ja!) befürworteten die Vorlage überdurchschnittlich.

In Bezug auf die berufliche Stellung fällt die massive Verwerfung der Benzinpreiserhöhung unter den ArbeiterInnen auf (minus 23 % unter dem Schnitt). Von den Nicht-Erwerbstätigen waren es die in Pension und die in Ausbildung Stehenden, welche besonders deutlich Ja stimmten.

Die Frage des Autobesitzes erwies sich als weiteres signifikantes Merkmal: Die Gruppe der Befragten, in deren Haushalt mindestens ein Auto vorhanden war, stimmt 5 Prozent unter-

1 Siehe auch: Thomas Widmer/Christoph Buri: «Brüssel oder Bern: Schlägt das Herz der «Romands» eher für Europa?», in: SJPW 1992; Daniel Schloeth: «Driften die Landesteile allmählich auseinander?», Tages-Anzeiger 7.9.92.

Tabelle 1.2: Treibstoffzoll – Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	Ja in % (bezogen auf materiell Stimmende)	Abweichung vom durchschnittlichen Ja-Anteil in %	Cramer's V (wenn signifikant)
Total effektiv	54		
Total VOX	59		
<i>Geschlecht</i>			
Männer	58	-1	
Frauen	60	+1	
<i>Alter</i>			0.19
18–29	55	-4	
30–39	50	-9	
40–49	58	-1	
50–59	54	-5	
60–69	66	+7	
70 und älter	82	+23	
<i>Schulbildung</i>			0.13
Obligatorische Schulen	49	-10	
Berufsschule u.ä.	56	-3	
Gymnasium, Universität	68	+9	
<i>Erwerbsgrad</i>			0.15
Voll-Erwerbstätige	53	-6	
Teil-Erwerbstätige	59	—	
Erwerbstätige nach beruflicher Stellung:			0.21
- Selbständige, Leitende Angestellte	53	-6	
- Angestellte in mittlerer Stellung	66	+7	
- Übrige Angestellte	52	-7	
- ArbeiterInnen	36	-23	
- LandwirtInnen	50	-9	
Nicht-Erwerbstätige	69	+10	
- in Ausbildung	76	+17	
- im Haushalt tätig	60	+1	
- in Pension	73	+14	
<i>Eigentumsverhältnis Wohnung</i>			0.08
Eigentum	63	+4	
Miete	55	-4	
<i>Auto im Haushalt vorhanden</i>			0.19
ja	54	-5	
nein	78	+19	

Merkmal/Kategorie	Ja in % (bezogen auf materiell Stimmende)	Abweichung vom durchschnittlichen Ja-Anteil in %	Cramer's V (wenn signifikant)
<i>Landesteil</i>			0.27
Deutsche Schweiz	66	+7	
Französische Schweiz	34	-25	
Italienische Schweiz	46	-13	
<i>Siedlungsart</i>			
Grossstädtische Agglomerationen	57	-2	
Mittel- / Kleinstädt. Agglomerationen	65	+6	
Landgemeinden	56	-3	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

durchschnittlich zu. Die Gesamtheit der Personen aus autofreien Haushalten dagegen votierte 19 Prozent über dem Durchschnitt mit Ja. Trotz dieser Differenz ist die Feststellung zu machen, dass rund die Hälfte der Bevölkerung mit Autozugang der Verteuerung des Benzinpreises zugestimmt hat.

Alle in *Tabelle 1.3* aufgeführten politischen Merkmale weisen einen signifikanten Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten auf; mit Ausnahme der Materialismus-Orientierung erreichen diese Variablen das Niveau eines ziemlich starken Zusammenhanges.

Das Bild ist eindeutig: wer politisch interessiert und integriert ist, stimmte eher zu, wer sich politisch nicht einordnen kann oder will und geringes politisches Interesse aufweist, lehnte die Vorlage eher ab.

Wer sich einer Partei nahestehend fühlt – ob einer linken, grünen oder bürgerlichen – stimmte ja (Ausnahme: die rechtspopulistische Autopartei, welche das Referendum ergriffen hatte). Wer sich auf der Links-Rechts-Achse einordnen kann – ob links oder rechts – stimmte ja (Ausnahme: die Mittelkategorie, welche oft von politisch weniger Integrierten gewählt wird). Wer der Regierung vertraut und politisch interessiert ist, stimmte überdurchschnittlich ja.

Wer jedoch keiner Partei nahesteht, sich auf der Links-Rechts-Achse nicht einordnen kann, der Regierung misstraut und an Politik nicht interessiert ist, lehnte die Erhöhung des Benzin-zollzuschlages ab.

Die Merkmalsgruppen mit der deutlichsten Zustimmung sind die AnhängerInnen der GPS (+22 %) und die Personen mit postmaterialistischen Werten (+20 %). Die deutlichste Ablehnung äusserten die AnhängerInnen der AP (-49 %), die Personen, welche sich auf der Links-

Tabelle 1.3: Treibstoffzoll – Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	Ja in % (bezogen auf materiell Stimmende)	Abweichung vom durchschnittlichen Ja-Anteil in %	Cramer's V (wenn signifikant)
Total effektiv	54		
Total VOX	59		
<i>Parteiidentifikation</i>			0.30
SPS	75	+16	
GPS	81	+22	
LdU/EVP	74	+15	
CVP	65	+6	
FDP	66	+7	
SVP	58	-1	
AP	10	-49	
keine Parteibindung	48	-11	
<i>Links/Rechts-Orientierung</i>			0.24
ganz links	77	+18	
links	75	+16	
mitte	52	-7	
rechts	60	+1	
ganz rechts	56	-3	
kann sich nicht einordnen	41	-18	
<i>Regierungsvertrauen</i>			0.29
Regierungsvertrauen	75	+16	
Regierungsmisstrauen	46	-13	
<i>Materialismus/Nachmaterialismus-Orientierung</i>			0.14
rein materialistische Werte	51	-8	
gemischte Werte	61	+2	
rein nachmaterialistische Werte	79	+20	
<i>Subjektive Betroffenheit</i>			0.22
tief	70	+11	
mittel	57	-2	
hoch	42	-17	
<i>Interesse an der Politik</i>			0.23
überhaupt nicht interessiert	35	-24	
eher nicht interessiert	46	-13	
eher interessiert	56	-3	
sehr interessiert	76	+17	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

Tabelle 1.4: Treibstoffzoll – Das Abstimmungsverhalten von Stimmenden und Nicht-Stimmenden

Stimmverhalten	Stimmende			Nicht-Stimmende		
	N	% ^{a)}	% ^{b)}	N	% ^{a)}	% ^{b)}
Annahme	421	59	58	107	44	38
Ablehnung	295	41	40	135	56	47
Subtotal	716	100	98	242	100	75
leer	5		1	16		6
keine Angabe	11		1	27		9
Total	732		100	285		100
a) Prozent derjenigen, die eine materielle Aussage machen						
b) Prozent aller Befragten dieser Kategorie						
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.						

Rechts-Achse nicht einordnen können (-18 %) sowie Leute ohne irgendwelches politisches Interesse (-24 %).

Umgekehrt zum politischen Interesse verläuft die Entwicklung der subjektiven Betroffenheit durch die Vorlage. Je stärker jemand von einer Benzinpreiserhöhung Auswirkungen auf die eigene Person erwartete, desto eher wurde die Erhöhung abgelehnt. Personen mit einem Auto im Haushalt fühlten sich viel eher betroffen, nur 35 Prozent dieser Kategorie gaben eine geringe Betroffenheit durch die Benzinpreiserhöhung an. Bei den Personen ohne Auto betrug der Wert 62 Prozent.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Benzinpreiserhöhung dank den Insidern, den politisch interessierten bis engagierten Stimmenden mit Vertrauen in die Regierung, am 7. März über die Hürde kam.

Tabelle 1.4 vergleicht die Haltungen der Stimmenden mit den Nicht-Stimmenden. Die Stimmenden nahmen die Vorlage mit einer 59 zu 41 Prozent-Mehrheit an, bei den Nicht-Stimmenden mit einer Meinung zur Vorlage hingegen überwog das Nein im Verhältnis von 56 zu 44 Prozent.

In beiden Fällen waren es durchwegs die gleichen Merkmalsgruppen, welche überdurchschnittlich zustimmten. Als entscheidend erwies sich dabei (wie schon in *Tabelle 1.3* gesehen) das Verhalten der politisch Interessierten und Integrierten:

Das 4. Kapitel zur Beteiligung zeigt einen starken Zusammenhang zwischen politischem Interesse und Stimmbeteiligung – je stärker jemand an Politik interessiert ist, desto eher geht diese Person stimmen. Nehmen wir an, die Beteiligung am 7. März wäre deutlich höher gewesen, so

Tabelle 1.5: Treibstoffzoll – Entscheidungsmotive der Ja-Stimmenden

Motive	Prozent der Antwortenden ^{a)}
<i>Finanzielle Motive</i>	
Bund braucht Geld, gibt Geld für Bundeskasse	36
Bundesfinanzen müssen saniert werden	13
gegen Defizit des Bundes	4
<i>Umweltschutz-Motive</i>	
Verursacherprinzip: wer fährt, soll bezahlen	15
damit Benzin teurer wird, Autofahren ist zu billig	15
damit weniger Auto gefahren wird	13
Umweltschutz generell	7
<i>Strassenbau-Motive</i>	
Geld für Strassenbau, Fertigstellung Strassennetz	12
<i>diverse Motive</i>	
Benzin ist im Ausland teurer	8
20 Rappen sind bezahlbar, ist ein Kompromiss	7
sonst müssen (andere) Steuern erhöht werden	4
allgemeine Zustimmung	6
diverse zutreffende Motive	7
diverse nicht zutreffende Motive	2
a) Zweifachnennungen möglich, N = 399 Ja-Stimmende (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 22 Befragte).	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.	

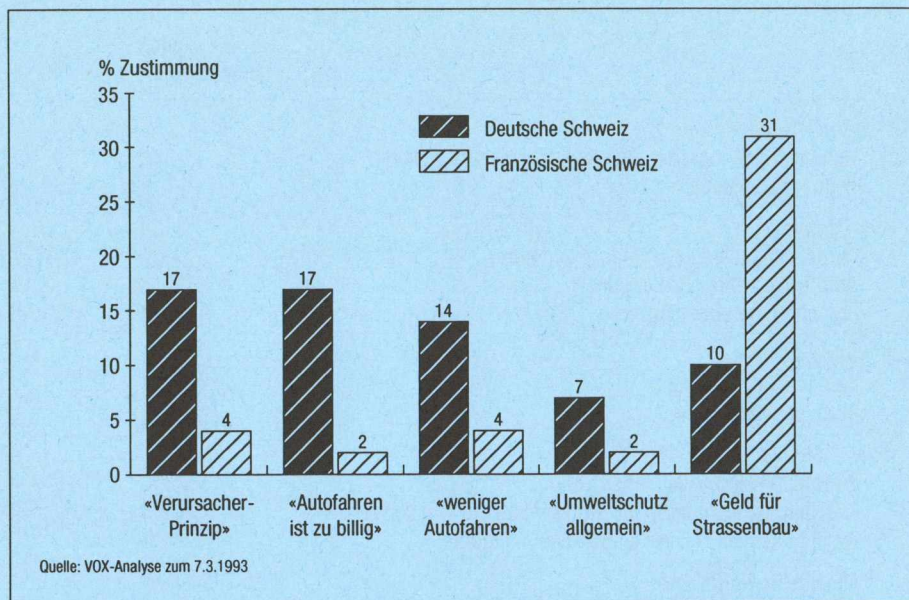
hätte kaum ein Nein resultiert, obwohl unter den Nichtstimmenden eine Nein-Mehrheit bestand. Denn unter den zusätzlich Stimmenden wären besonders viele politisch Interessierte gewesen, welche überdurchschnittlich mit Ja gestimmt hätten.

Unabhängig von einer ziemlich hohen oder einer ziemlich tiefen Stimmbeteiligung bestand unter den Stimmenden somit eine Verzerrung zu einer deutlicheren Zustimmung. D.h. im Vergleich zur Gesamtbevölkerung war aufgrund des beschriebenen Verhaltens der politisch Interessierten das Ja an der Urne besser vertreten.

1.4 Entscheidungsmotive

Warum haben sich die Stimmenden für ein Ja oder Nein entschieden; mit welchen (frei genannten) Motiven begründen sie ihren Entscheid? *Tabelle 1.5* zeigt die Motive der Ja-Stimmenden. Der Bundesrat hatte mit zwei Hauptzielen der Erhöhung um 20 Rappen geworben, je die Hälfte sollte in die allgemeine Bundeskasse und in die Fertigstellung des Autobahnnetzes

Grafik 1: Benzinzoll: Vergleich von Ja- Motiven nach Sprachgruppen



fließen. Unter den Ja-Stimmenden dominierten zwei Motivgruppen: einerseits die Mittelbeschaffung für den Bund beziehungsweise dessen Defizit, andererseits aber Umweltargumente. 15 Prozent nannten das Verursacherprinzip (wer mehr fährt, soll mehr bezahlen) als Motiv, weitere 15 Prozent fanden das Benzin überhaupt zu billig und 13 Prozent wünschten, dass weniger Auto gefahren wird. Die Umweltschutz-Argumente wurden am stärksten von den Anhängerschaften von GPS und SPS betont. Je grossstädtischer die Befragten wohnten, desto wichtiger war ihnen der Anreiz zum weniger Autofahren.

Dass 10 Rappen zweckgebunden für den Strassenbau verwendet werden, war nur für 12 Prozent ein Grund, Ja zu stimmen. In der Romandie hingegen war dies einer der wichtigsten Ja-Gründe, während dort die ökologischen Motive kaum Gewicht hatten. Grafik 1 macht den Vergleich zwischen den beiden Sprachregionen.

Es fällt auf, dass die Benzinpreiserhöhung vom Bundesrat und von der Bevölkerung kaum als Umweltvorlage bezeichnet worden war (siehe Tabelle 1.1 zur Wahrnehmung), ein erheblicher Teil der Befragten in der Deutschschweiz sich jedoch aus Umweltschutzgründen für ein Ja entschied. Die bundesrätliche Argumentation stiess also auf unterschiedliche Resonanz: die Ja-Stimmenden in der Deutschschweiz waren beeinflusst von der Bundeskasse und der Umwelt, die Ja-Stimmenden in der Westschweiz von der Bundeskasse und dem Strassenbau.

Die Nein-Stimmenden (siehe Tabelle 1.6) nannten an erster Stelle staatspolitische Motive: 32 Prozent sagten, der Bund solle mehr sparen und die Bundeskasse anders als mit neuen

Tabelle 1.6: Treibstoffzoll – Entscheidungsmotive der Nein-Stimmenden

Motive	Prozent der Antwortenden ^{a)}
<i>steuerpolitische Motive</i>	
Bund soll mehr sparen, Bundeskasse anders sanieren	32
gegen mehr Steuern	8
<i>Auto-Motive</i>	
Autos als Milchkühe, immer gegen Autos	21
Autofahrer zahlen schon genug	13
brauche Auto unbedingt	4
<i>Teuerungs-Motive</i>	
gibt grosse Teuerung	13
alles ist schon genug teuer	6
<i>diverse Motive</i>	
20 Rappen sind zuviel, überrissen	10
Zuschlag ist nicht nötig für Strassenbau, nur ein Vorwand	5
falsch, dass ein Teil in den Strassenbau geht	1
allgemeine Ablehnung	7
diverse zutreffende Motive	9
diverse nicht zutreffende Motive	2
a) Zweifachnennungen möglich, N = 278 Nein-Stimmende (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 17 Befragte).	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.	

Einnahmen sanieren. 8 Prozent (besonders viele in der Romandie) wandten sich explizit gegen neue Steuern. Mit Argumenten des Autoprotests wurde der Missbrauch der AutofahrerInnen als Milchkuh abgelehnt (21 %) und festgestellt, dass AutomobilistInnen schon genug bezahlten (13 %). Letzteres war überdurchschnittlich oft das Argument von Leuten aus grossen Agglomerationen und ab 65 Jahren. Eine dritte Gruppe argumentierte mit der Teuerung: Diese Personen, darunter besonders viele Pensionierte, befürchteten eine grosse Teuerung auf den Produkten wegen der Benzinpreiserhöhung (13 %) oder protestierten dagegen, dass alles schon genug teuer sei (6 %). Nur ein Prozent der Nein-Stimmenden hatte dies wegen der 10 Rappen für den Strassenbau getan.

1.5 Unterstützung von Pro- und Kontra-Argumenten zur Treibstoffzoll-Vorlage

Den Befragten wurden sechs Aussagen vorgelegt, mit denen sie sich jeweils einverstanden bzw. nicht einverstanden erklären konnten (*Tabelle 1.7*). In der ersten Zeile wird jeweils die Antwort aller Stimmberechtigten (N=1017), in der zweiten die Antwort der Ja-Stimmenden (N=421) und in der dritten Zeile die Meinung der Nein-Stimmenden (N=295) angegeben.

Alle drei Pro-Argumente fanden unter den Stimmberechtigten und besonders unter den Ja-Stimmenden Zustimmung. Mehrheiten zwischen 56 und 64 Prozent bei der ersten und zwischen 75 und 92 Prozent bei der zweiten Kategorie waren einverstanden, dass der Benzinpreis in Europa teurer, eine Erhöhung um 20 Rappen massvoll (Argument 1) und der Mehrertrag für den Strassenbau (Argument 2) und zur Verringerung des Defizites (Argument 3) nötig sei. Die Argumente 1 und 2 fanden auch unter den kritischen Gruppen der Automobilisten und Romands grosse Zustimmung. Die Nein-Stimmenden waren gespalten bezüglich des Geldes für den Strassenbau (Argument 2), die anderen beiden Pro-Argumente lehnten sie ab.

Die stärkste Polarisierung bildete sich bei der Aussage, die AutomobilistInnen zahlten schon genug in die Bundeskasse (Argument 4). 86 Prozent der Nein-Stimmenden unterstützten diese Meinung, 82 Prozent der Ja-Stimmenden lehnten sie ab. In der Gesamtbevölkerung ergab sich ein Patt. Unterstützende Mehrheiten fanden sich unter Jungen, wenig Gebildeten, Romands, Nicht-Stimmenden, AutomobilistInnen und Personen, die sich mit keiner Partei identifizierten und sich nicht auf der Links-Rechts-Achse einstufen konnten.

Das generelle Statement «Der Bund soll lieber sparen, als immer neue Steuern zu erheben» (Argument 5) stiess auf eine deutliche Mehrheit; selbst 58 Prozent der Ja-Stimmenden waren mit diesem Kontra-Argument einverstanden. Im Hinblick auf weitere Vorlagen im Finanzbereich (z.B. Mehrwertsteuer) ist diese deutliche Ablehnung einer weiteren Steuerbelastung zu beachten. Die jetzige Vorlage scheint entgegen diesem Trend nur eine Mehrheit gefunden zu haben, weil das von vielen als zu billig empfundene Benzin stärker besteuert wurde (siehe die Pro-Motive in *Tabelle 1.5*). Aufgrund der Argumentation der gegnerischen Kampagne lässt sich vermuten, dass ein Grossteil der Nein-stimmenden AutomobilistInnen auch eine andere Steuererhöhung abgelehnt hätten.

Argument 6 artikuliert das ökologische Nein wegen der Zweckbindung der Hälfte der 20 Rappen für den Strassenbau. Von der Gesamtheit der Befragten und den Ja-Stimmenden wird es deutlich abgelehnt, die Nein-Stimmenden sind geteilt. Obwohl bei der offenen Nennung der Nein-Motive in *Tabelle 1.6* nur 1 Prozent der GegnerInnen ein Umwelt-Argument nannte, unterschreibt fast die Hälfte dieser dem Umfeld der Autopartei zugeschriebenen Personen mit dem Statement die Kritik an weiterem Strassenbau.

Tabelle 1.7: Bewertung von Pro- und Kontra-Argumenten zur Treibstoffzoll-Vorlage

Angaben in Zeilen-Prozent	BürgerInnen	Einver- standen	Nicht einver- standen	keine Angabe
<i>Pro-Argumente</i>				
«Der Benzinpreis ist fast überall in Europa viel teurer als in der Schweiz, eine Erhöhung um 20 Rappen ist massvoll.»	Stimmberechtigte	64	31	5
	Ja-Stimmende	92	6	2
	Nein-Stimmende	35	60	5
«Mit der Erhöhung des Treibstoffzolls erhält der Bund genügend Geld, um das Nationalstrassennetz fertigzustellen.»	Stimmberechtigte	58	31	11
	Ja-Stimmende	75	19	6
	Nein-Stimmende	45	45	10
«Die Treibstoffzoll-Erhöhung ist nötig, weil mit der Hälfte des Geldes das grosse Defizit des Bundes verkleinert werden kann.»	Stimmberechtigte	56	37	7
	Ja-Stimmende	89	8	3
	Nein-Stimmende	22	73	5
<i>Kontra-Argumente</i>				
«Die Automobilisten zahlen schon genug in die Bundeskasse; ein Nein zur Treibstoffzoll-Erhöhung ist ein Nein zu weiteren Raubzügen auf das Portemonnaie der Autofahrer.»	Stimmberechtigte	47	47	6
	Ja-Stimmende	15	82	3
	Nein-Stimmende	86	12	2
«Der Bund soll lieber sparen, als immer mehr Steuern zu erheben.»	Stimmberechtigte	73	22	5
	Ja-Stimmende	58	38	4
	Nein-Stimmende	94	5	1
«Ein Nein zum Aufschlag von 20 Rappen ist sinnvoll, weil so verhindert wird, dass noch mehr Geld in den Strassenbau fliesst.»	Stimmberechtigte	27	61	12
	Ja-Stimmende	13	81	6
	Nein-Stimmende	43	44	13
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.				

2. Die Aufhebung des Spielbankenverbotes

2.1 Ausgangslage

Auch die 2. Vorlage des 7. März stand unter dem Vorzeichen der Geldbeschaffung. Der Verfassungsartikel dazu entstammte denn auch dem Eidgenössischen Finanzdepartement. Durch die Zulassung von Spielbanken erhoffte sich der Bundesrat jährliche Einnahmen von rund 150 Millionen Franken aus der Gewinnbesteuerung. Die vollständige Reservierung dieser Gelder für die Finanzierung der AHV liess eine bessere Aufnahme dieser Vorlage in der Volksabstimmung erwarten.

Seit 1928 sind Errichtung und Betrieb von Spielbanken in der Bundesverfassung verboten. Lediglich Glücksspiele mit einem Einsatz von höchstens 5 Franken sind seitdem zugelassen. Tourismuskreise forderten mehrmals, das Verbot sei aufzuheben, da es unsere Kurorte gegenüber dem Ausland benachteilige. In der Abstimmungswerbung wurde der Nutzen für den Tourismus auch am stärksten betont. Eine weitere Argumentationslinie bezeichnete das Spielbankenverbot für anachronistisch und als eine Bevormundung mündiger BürgerInnen.

Von den Parteien sprachen sich nur EVP und SD dagegen aus. SP und Grüne Partei beschlossen Stimmfreigabe, alle anderen Parteien plädierten für ein Ja.

Die Vorlage erfuhr denn auch eine deutliche Annahme in der Volksabstimmung. Der Grad der Zustimmung schwankte zwischen 66.8 Prozent im Kanton Jura und 81.2 Prozent im Kanton Genf. Da die genauen Bestimmungen der Spielbankenzulassung in einem Gesetz geregelt werden müssen, sind weitere Auseinandersetzungen bis zu einer Referendumsabstimmung um die Zahl der zu lizenzierenden Casinos und die Höhe des Einsatzes vorprogrammiert.

Die Schweiz steht vor der leicht paradoxen Situation, dass nun Spielcasinos mit grossen Einsätzen bewilligt werden, obwohl in den letzten Jahren in mehreren kantonalen Abstimmungen der Weiterbetrieb von Spielautomaten verboten worden war.

2.2 Wahrnehmung der Vorlage

Bei den Inhalten der Spielbanken-Vorlage machten mehr als die Hälfte der Befragten die korrekte, wenn auch etwas einfache Aussage, dass nun Spielbanken eröffnet werden können. Etwas genauere Inhalte des Abstimmungsgegenstandes gaben 13 Prozent (Zulassung von Einsätzen über 5 Franken; besonders häufig in der Westschweiz) sowie 4 Prozent (der Bund will Spielbanken erlauben).

Bezüglich der Auswirkungen nannten 16 Prozent die Einnahmen für den Bund allgemein, lediglich 12 Prozent genauer die Einnahmen für die AHV (im Tessin schien dieses Pro-Argument überhaupt keinen Eindruck gemacht zu haben, keine einzige Person erwähnte die AHV). Ebenfalls 12 Prozent betonten, dass nun in der Schweiz gespielt werden könne und so das Geld nicht mehr ins Ausland abflüsse. Unbedeutend war die Erwähnung der Vorteile für den Tourismus (2 %).

Tabelle 2.1: Spielbankenzulassung – Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	Ja in Prozent (bezogen auf materiell Stimmende)	Abweichung vom durchschnittlichen Ja-Anteil in %	Cramer's V (wenn signifikant)
Total effektiv	72		
Total VOX	74		
<i>Geschlecht</i>			
Männer	76	+2	
Frauen	72	-2	
<i>Alter</i>			
18–29	77	+3	
30–39	71	-3	
40–49	71	-3	
50–59	74	—	
60–69	76	+2	
70 und älter	78	+4	
<i>Schulbildung</i>			
Obligatorische Schulen	78	+4	
Berufsschule u.ä.	75	+1	
Gymnasium, Universität	70	-4	
<i>Erwerbstätige nach beruflicher Stellung</i>			0.15
Selbständige, Leitende Angestellte	80	+6	
Angestellte in mittlerer Stellung	72	-2	
Übrige Angestellte	84	+10	
ArbeiterInnen	69	-5	
LandwirtInnen	59	-15	
<i>Landesteil</i>			0.10
Deutsche Schweiz	72	-2	
Französische Schweiz	80	+6	
Italienische Schweiz	89	+15	
<i>Siedlungsart</i>			
Grossstädtische Agglomerationen	72	-2	
Mittel- / Kleinstädt. Agglomerationen	77	+3	
Landgemeinden	74	—	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

2.3 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen

In *Tabelle 2.1* zum Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen ergeben sich meist nur geringe Abweichungen vom durchschnittlichen Ja-Anteil, d.h. die Vorlage polarisierte kaum. Keine einzige der untersuchten gesellschaftlichen (und politischen) Merkmalsgruppen lehnte die Vorlage ab! Dementsprechend weisen lediglich zwei Variablen einen signifikanten (wenn auch schwachen) Zusammenhang mit dem Stimmentscheid aus: die berufliche Stellung und die Zugehörigkeit zur Sprachregion. Die Kategorien von Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsgrad, Siedlungsart sowie die Merkmale des Wohnortes zeigen nur unsignifikante Schwankungen. Die Spielbanken-Vorlage ist somit in fast allen Merkmalsgruppen mit der gleich deutlichen Dreiviertelsmehrheit angenommen worden. Bezüglich der beruflichen Stellung fällt die überdurchschnittliche Zustimmung der unteren Angestellten und die stärkere Ablehnung durch die LandwirtInnen auf.

Beim Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in *Tabelle 2.2* erweist sich nur der Zusammenhang mit der Materialismus/Nachmaterialismus-Orientierung als signifikant; je eher einer Person materialistische Werte wie Besitz und Sicherheit wichtig sind, desto grösser war die Zustimmung zur Aufhebung des Spielbankenverbotes. Trotz einigen Schwankungen (zu erwähnen ist die um 19 % tiefere Annahme des Verfassungsartikels in der LdU/EVP-Anhängerschaft) besteht zwischen den anderen aufgeführten Variablen und dem Stimmentscheid kein signifikanter Zusammenhang.

Tabelle 2.2: Spielbankenzulassung – Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	Ja in Prozent (bezogen auf materiell Stimmende)	Abweichung vom durchschnittlichen Ja-Anteil in %	Cramer's V (wenn signifikant)
Total effektiv	72		
Total VOX	74		
<i>Parteiidentifikation</i>			
SPS	80	+6	
GPS	68	-6	
LdU/EVP	55	-19	
CVP	68	-6	
FDP	81	+7	
SVP	70	-4	
keine Parteibindung	73	-1	
<i>Materialismus/Nachmaterialismus-Orientierung</i>			0.11
rein materialistische Werte	81	+7	
gemischte Werte	71	-3	
rein nachmaterialistische Werte	70	-4	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

Tabelle 2.3: Spielbankenzulassung – Entscheidungsmotive von Ja-Stimmenden

Motive	Prozent der Antwortenden ^{a)}
<i>Vorteile für die Schweiz</i>	
so bleibt das Geld in der Schweiz	45
in der Schweiz spielen	5
<i>gegen Bevormundung</i>	
Spieler spielen sowieso	24
überholte Einschränkung	17
<i>Ertrag der Spielbanken</i>	
bringt Geld für Bund	25
bringt Geld für AHV	13
<i>diverse Motive</i>	
für Tourismus/für Arbeitsplätze	7
gute Lösung/Glücksspiele sind nicht unmoralisch	3
Casinos gibt es auch im Ausland	2
diverse zutreffende Motive	3
diverse nicht zutreffende Motive	2
a) Zweifachnennungen möglich, N = 502 Ja-Stimmende (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 26 Befragte).	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.	

Der Vergleich des Abstimmungsverhaltens von Stimmenden und Nicht-Stimmenden zeigt eine grosse Übereinstimmung. Auch 71 Prozent von den Personen ohne Beteiligung am Urnengang hätten sich für ein Ja entschieden (prozentiert auf alle Nicht-Stimmenden mit einer Meinung). Die einzelnen Subgruppen der Nicht-Stimmenden verhielten sich weitgehend gleich wie die in den Tabellen 2.1 und 2.2 aufgeführten. Ein Unterschied besteht darin, dass die über 65jährigen, die sich nicht am Urnengang beteiligt hatten, der Vorlage weniger deutlich zugestimmt hätten.

2.4 Entscheidungsmotive

Worauf gründet die überaus deutliche Annahme des Verfassungsartikels? Gemäss Tabelle 2.3 dominierte bei den BefürworterInnen ein Motiv: 45 Prozent der Antwortenden wollten, dass das in den Casinos verspielte Geld nicht in die entsprechenden Einrichtungen des grenznahen Auslandes abfisse wie bisher, sondern in der Schweiz bleibe. Ähnlich verhielten sich diejenigen 5 Prozent, die wünschten, dass in der Schweiz gespielt werde. Eine zweite Gruppe war der Meinung, dass Geldspiele eine Tatsache seien – wenn nicht in schweizerischen dann eben in

Tabelle 2.4: Spielbankenzulassung – Entscheidungsmotive von Nein-Stimmenden

Motive	Prozent der Antwortenden ^{a)}
<i>negative Auswirkungen</i>	
bringt Leute in Versuchung	27
schafft Sozialfälle	25
macht Leute süchtig	16
bringt Kriminalität, Mafiagelder	8
<i>allgemeine Ablehnung</i>	
bin gegen Spielbanken	10
schlechte Lösung	9
gibt schon genug Spielmöglichkeiten	6
ist unmoralisch	6
<i>keine Aufgabe des Staates</i>	
Staat soll nicht an Sucht Geld verdienen	11
bringt Staat nicht viel Geld	5
<i>diverse Motive</i>	
diverse zutreffende Motive	8
diverse nicht zutreffende Motive	4
a) Zweifachnennungen möglich, N = 172 Nein-Stimmende (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 12 Befragte).	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.	

ausländischen Casinos oder mit auch in der Schweiz erlaubten Glücksspielen (24 %) – oder dass das Spielbanken-Verbot eine überholte Einschränkung darstelle (17 %).

Die dritte Gruppe der BefürworterInnen richtete das Augenmerk auf die Erträge durch die Gewinnbesteuerung: 25 Prozent sprachen allgemein von den zusätzlichen Einnahmen für den Bund. Den korrekten Zweck, die Reservation der Erträge für die AHV, nannten nur 13 Prozent. Obwohl die Zweckbindung speziell für die AHV-Kasse als gutes Verkaufs-Argument für die Vorlage galt, scheint diese Idee nur auf wenig Resonanz gestossen zu sein.

Auch die Vorteile für den Tourismus, mit denen in der Abstimmungskampagne stark argumentiert worden war, überzeugten wenig. Nur 7 Prozent nannten den Tourismus beziehungsweise die Arbeitsplätze als Pro-Motiv.

Je nach Bildungsgrad hatten die Pro-Motive eine verschieden starke Bedeutung: Je besser gebildet die BefürworterInnen, desto häufiger waren sie der Meinung, dass das Verbot eine überholte Einschränkung sei und dass mit dessen Aufhebung der AHV Geld zukomme. Umgekehrt verlor mit steigendem Bildungsgrad die Aussage an Bedeutung, dass das Geld in der Schweiz verspielt werden solle.

Bei den Motiven der Nein-Stimmenden (Tabelle 2.4) standen die befürchteten negativen Auswirkungen von Spielbanken im Vordergrund. Spielbanken würden labile Menschen in Versuchung bringen (27 % der Antworten; besonders häufig von Personen mit obligatorischer Schulbildung genannt), Sozialfälle schaffen (25 %), Leute spielsüchtig machen (16 %) sowie Kriminalität und Mafiagelder anziehen (8 %; dies wurde vor allem in der Romandie befürchtet). Und Sozialfälle und Süchtige gebe es in der Schweiz ja schon mehr als genug. 11 Prozent waren der Meinung, dass der Staat nicht an einer (neuen) Sucht Geld verdienen solle; 5 Prozent erwarteten keine grosse Einnahmen für den Bund, besonders weil er wieder für die neuen Sozialfälle aufkommen müsse. Ausserdem wurden generell-moralische Motive gegen die Zulassung von Spielbanken angeführt. Mit steigendem Alter nahm die Angst vor Kriminalität zu, dafür befürchteten die jüngeren Antwortenden überdurchschnittlich häufig, dass Spielbanken Leute süchtig machen und Sozialfälle schaffen würden.

2.5 Unterstützung von Pro- und Kontra-Argumenten zur Spielbanken-Vorlage

Alle drei Pro-Argumente wurden von der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit Dreiviertels-Mehrheiten unterstützt, unter den Ja-Stimmenden betrug der Grad der Zustimmung jeweils über 90 Prozent. Argument 1 erreichte dabei den höchsten Wert; selbst unter den Nein-Stimmenden waren die Meinungen dazu geteilt. Dies entspricht dem in *Tabelle 2.3* mit Abstand meistgenannten Motiv der Ja-Stimmenden. Aufgrund dieser beiden Tabellen lässt sich die Argumentationslinie mit der stärksten Überzeugungskraft ungefähr wie folgt zusammenfassen: Wenn viele SchweizerInnen schon Geld verspielen wollen – und unabhängig von der eigenen Einstellung zum Glücksspiel gilt dies als gegeben –, dann sollen sie dies in der Schweiz tun. Wenn zusätzlich auch AusländerInnen ihr Geld in der Schweiz liegen lassen wollen und das noch als touristische Attraktion empfinden, umso besser. Erst in zweiter Linie interessiert die genaue Verteilung der dabei erzielten Gewinne.

Mafia-Geld hingegen darf in den neuen Schweizer Casinos nicht gewaschen werden (Argument 4); dies war die Mehrheitsmeinung in allen drei Gruppen; in der Romandie stiess das Argument auf unterdurchschnittliche Resonanz. In Übereinstimmung mit der Zustimmung zu den Argumenten 1 bis 3 lehnten die Stimmberechtigten und die Ja-Stimmenden mehrheitlich die weiteren Kontra-Argumente ab. Weder waren sie der Ansicht, dass es in der Schweiz schon zuviele Spielsüchtige gebe (Argument 5), noch waren sie dagegen, wenn der Bund am «Laster» Roulette Geld verdienen will (Argument 6). Beide Argumente stiessen insbesondere in der Westschweiz und dem Tessin auf wenig Zustimmung.

Tabelle 2.5: Bewertung von Pro- und Kontra-Argumenten zur Spielbanken-Vorlage

Angaben in Zeilen-Prozent	BürgerInnen	Einver- standen	Nicht einver- standen	keine Angabe
<i>Pro-Argumente</i>				
«Die Schweizerinnen und Schweizer verspielen Hunderte von Millionen Franken pro Jahr in ausländischen Spielcasinos; dieses Geld sollte gescheiter in der Schweiz bleiben.»	Stimmberechtigte	82	13	5
	Ja-Stimmende	96	3	1
	Nein-Stimmende	46	47	7
«Zahlenlotto, Sportotto, Boule und Börsenspekulation sind in der Schweiz erlaubt; da kann man auch Spielbanken zulassen.»	Stimmberechtigte	73	23	4
	Ja-Stimmende	94	4	2
	Nein-Stimmende	20	75	5
«Weil der Gewinn der Spielbanken zur Bezahlung der AHV verwendet wird, ist deren Zulassung vertretbar.»	Stimmberechtigte	75	20	5
	Ja-Stimmende	92	6	2
	Nein-Stimmende	29	64	7
<i>Kontra-Argumente</i>				
«In den ausländischen Spielcasinos wird oft illegal Mafia-Geld gewaschen, diese Möglichkeit sollten wir in der Schweiz nicht zulassen.»	Stimmberechtigte	68	22	10
	Ja-Stimmende	65	27	8
	Nein-Stimmende	83	10	7
«Es gibt zuviele Spielsüchtige in der Schweiz, darum dürfen nicht auch noch Spielbanken erlaubt werden.»	Stimmberechtigte	30	64	6
	Ja-Stimmende	10	86	4
	Nein-Stimmende	84	12	4
«Der Bund sollte nicht Laster wie das Roulette mit all seinen negativen Auswirkungen fördern und damit Geld verdienen wollen.»	Stimmberechtigte	33	60	7
	Ja-Stimmende	13	83	4
	Nein-Stimmende	85	10	5
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.				

3. Die Initiative zur Abschaffung der Tierversuche

3.1 Ausgangslage

Zum dritten Mal seit 1985 hatten sich die Stimmberechtigten mit der Frage der Tierversuche auseinanderzusetzen. Damals erzielte die Initiative von Franz Weber zur Abschaffung der Vivisektion 29.5 Prozent Ja-Stimmen. 1992 sprachen sich 43.7 Prozent für die Initiative des Schweizer Tierschutzes aus, welche mit dem Ziel «einer strikten und progressiven Verminderung der Tierversuche» weniger weit ging und von SPS, GPS und LdU unterstützt wurde.

Die neueste Initiative war 1990 von der «Internationalen Liga Ärzte für die Abschaffung der Tierversuche» eingereicht worden und forderte ein Totalverbot von Tierversuchen in allen Bereichen sowie ein Verbot der Genmanipulation an Wirbeltieren. Die Ärzteliga wandte sich nicht nur gegen das Leiden der Tiere, sondern bezeichnete die Verwendung von Tierversuchen in der modernen Medizin auch als gefährlich für den Menschen.

Der Schweizer Tierschutz und die «Ärzte gegen Tierversuche» beschlossen Stimmfreigabe. Von den Parteien sprach sich einzig die Grüne Partei der Schweiz für ein Ja aus. LdU und SD empfahlen Stimmfreigabe, alle anderen verwarfen das Anliegen. Für die InitiativgegnerInnen waren Tierversuche für den Fortschritt in Medizin und Biologie unerlässlich. Sie bezeichneten das Totalverbot als einen Schlag gegen Wissenschaft und Wirtschaft.

In der Abstimmung erlitt die dritte Initiative ungefähr das gleiche Schicksal wie die erste von Franz Weber. Lediglich 27.8 Prozent der Stimmenden unterstützten sie, 72.2 Prozent und alle Kantone lehnten sie ab.

Obwohl keine der drei Initiativen angenommen worden ist und nur die mittlere des Schweizer Tierschutzes einen Achtungserfolg erzielt hatte, führten die Bemühungen der TierversuchgegnerInnen doch zu einigen Erfolgen: Wurden 1983 1'990'000 Tiere für Versuchszwecke verwendet, waren es 1991 noch 930'000. Und unter dem Druck der letztjährigen Initiative setzte der Bundesrat Verschärfungen des Tierschutzgesetzes auf den Dezember 1991 in Kraft. Mit dem Vollzug hapert es jedoch. So bewilligte das Bundesamt für Veterinärwesen 1992 von 1891 beantragten Bewilligungen für Tierversuche lediglich sieben nicht.

Auch nach der dritten Abstimmung ist dafür gesorgt, dass das Thema der Schweizer Politik erhalten bleibt: Noch am Abstimmungssonntag ist eine Initiative für ein 10jähriges Moratorium für Tierversuche angekündigt worden, was die SiegerInnen der Abstimmung als Zwängerei bezeichneten.

3.2 Wahrnehmung der Vorlage

Bezüglich des Inhaltes der Tierschutzinitiative waren fast alle Antwortenden einer Meinung. Die meisten Nennungen bezogen sich in leicht verschiedener Form auf das geforderte Verbot aller Tierversuche. Verbot oder Abschaffung der Versuche sagten 37 Prozent, Totalverbot

Tabelle 3.1: Tierschutzinitiative – Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	Ja in Prozent (bezogen auf materiell Stimmende)	Abweichung vom durchschnittlichen Ja-Anteil in %	Cramer's V (wenn signifikant)
Total effektiv	28		
Total VOX	30		
<i>Geschlecht</i>			0.08
Männer	27	-3	
Frauen	34	+4	
<i>Alter</i>			
18–29	31	+1	
30–39	31	+1	
40–49	36	+6	
50–59	30	—	
60–69	20	-10	
70 und älter	26	-4	
<i>Schulbildung</i>			
Obligatorische Schulen	37	+7	
Berufsschule u.ä.	29	-1	
Gymnasium, Universität	29	-1	
<i>Erwerbsgrad</i>			0.12
Voll-Erwerbstätige	29	-1	
Teil-Erwerbstätige	43	+13	
Erwerbstätige nach beruflicher Stellung:			
- Selbständige, Leitende Angestellte	34	+4	
- Angestellte in mittlerer Stellung	27	-3	
- Übrige Angestellte	42	+12	
- ArbeiterInnen	32	+2	
- LandwirtInnen	24	-6	
Nicht-Erwerbstätige	25	-5	
<i>Landesteil</i>			
Deutsche Schweiz	31	+1	
Französische Schweiz	26	-4	
Italienische Schweiz	38	+8	
<i>Siedlungsart</i>			
Grossstädtische Agglomerationen	32	+2	
Mittel- / Kleinstädt. Agglomerationen	30	—	
Landgemeinden	28	-2	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

präzisierten 29 Prozent (eher AbsolventInnen höherer Schulen), keine Tierversuche mehr sagten 16 Prozent (besonders weniger Gebildete) und für 6 Prozent war die Initiative allgemein gegen Tierquälerei beziehungsweise Vivisektion gerichtet. Ungenaue Kenntnisse über den Inhalt äusserten lediglich kleine Gruppen: Die Initiative sei gegen Tierversuche nur in einzelnen Gebieten (4 %), sie bringe nur eine Beschränkung der Versuche (3 %), sie verlange eine Verschärfung des Tierschutzgesetzes (2 %).

3.3 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen

Die Initiative wurde von 28 Prozent der Stimmenden angenommen; die VOX-Nachbefragung ergibt nun den Wert von 30 Prozent Unterstützung. In der *Tabelle 3.1* zum Stimmverhalten nach den gesellschaftlichen Merkmalen zeigen nur zwei Variablen einen signifikanten (wenn auch schwachen) Zusammenhang mit dem Entscheid für ein Ja oder ein Nein: das Geschlecht und der Erwerbsgrad. Frauen stimmten überdurchschnittlich zu, Männer lehnten eher ab. Beim Erwerbsgrad blieben die Voll-Erwerbstätigen im Schnitt, alle Gruppen der Nicht-Erwerbstätigen (auch die Studierenden) lehnten rund 5 Prozent stärker ab, während die Teilzeit-Erwerbstätigen eine um 13 Prozent höhere Zustimmung aufwiesen.

Die übrigen Merkmale ergaben keinen signifikanten Zusammenhang mit dem Stimmverhalten – trotz einzelnen Besonderheiten wie der um 12 Prozent stärkeren Zustimmung der übrigen Angestellten, der um 8 Prozent stärkeren Zustimmung im Tessin und der besonders deutlichen Ablehnung der 60–69jährigen (–10 %).

Bei den in *Tabelle 3.2* aufgeführten politischen Merkmalen zeigen sich ziemlich starke Polarisierungen, dementsprechend weisen alle Merkmale einen signifikanten Zusammenhang mit dem Stimmverhalten auf.

Sämtliche dargestellten Parteianhängerschaften folgten den Parteiparolen. Die Grünen sind somit die einzige Partei, welche die Initiative annahm (plus 43 % über dem Schnitt). Alle übrigen Parteien lehnten deutlich ab, am stärksten die SVP-AnhängerInnen mit minus 14 Prozent. Betrachtet man die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse, so basiert die Ablehnung der Initiative vor allem auf der Abfuhr, welche die in der Mitte und rechts befindlichen Personen dem Anliegen erteilt haben. Eine überdurchschnittlich gute Aufnahme fand die Initiative dagegen sowohl ganz rechts als auch links und ganz links im politischen Spektrum.

Personen mit Regierungsvertrauen lehnten eher ab; Personen, die von der Regierung enttäuscht waren, stimmten eher zu. Je weniger jemand materiellen Werten zuneigte und je mehr jemand vom Thema der Vorlage betroffen war, desto grösser war die Zustimmung. Materialistisch eingestellte und kaum betroffene Personen stimmten eher mit Nein.

Die Nicht-Stimmenden hätten das Verbot der Tierversuche ebenfalls abgelehnt, wenn auch in einem ausgeglicheneren Verhältnis. 41 Prozent hätten sich für ein Ja, 59 Prozent für ein Nein entschieden (prozentuiert auf diejenigen mit einer Meinung). Die verschiedenen Merkmalsgruppen der Nicht-Stimmenden unterschieden sich ungefähr im selben Mass vom Durchschnitt wie dies die *Tabellen 3.1* und *3.2* für die Stimmenden angeben. Es fällt jedoch auf, dass die Differenz zwischen Männern und Frauen 15 Prozent beträgt (32 % Ja der Männer, 47 % Ja der Frauen).

Tabelle 3.2: Tierschutzinitiative – Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	Ja in Prozent (bezogen auf materiell Stimmende)	Abweichung vom durchschnittlichen Ja-Anteil in %	Cramer's V (wenn signifikant)
Total effektiv	28		
Total VOX	30		
<i>Parteiidentifikation</i>			0.25
SPS	33	+3	
GPS	73	+43	
LdU/EVP	35	+5	
CVP	23	-7	
FDP	19	-11	
SVP	16	-14	
keine Parteibindung	29	-1	
<i>Links/Rechts-Orientierung</i>			0.18
ganz links	41	+11	
links	40	+10	
mitte	26	-4	
rechts	18	-12	
ganz rechts	40	+10	
kann sich nicht einordnen	34	+4	
<i>Regierungsvertrauen</i>			0.18
Regierungsvertrauen	19	-11	
Regierungsmisstrauen	36	+6	
<i>Materialismus/Nachmaterialismus-Orientierung</i>			0.18
rein materialistische Werte	22	-8	
gemischte Werte	31	+1	
rein nachmaterialistische Werte	58	+28	
<i>Subjektive Betroffenheit</i>			0.16
tief	23	-7	
mittel	29	-1	
hoch	41	+11	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

Tabelle 3.3: Tierschutzinitiative – Entscheidungsmotive von Ja-Stimmenden

Motive	Prozent der Antwortenden ^{a)}
<i>generelle Ablehnung von Versuchen</i>	
Tierversuche sind Quälerei	19
Tierversuche darf man nicht tolerieren	10
bin generell gegen Tierversuche	7
<i>Versuche nicht nötig</i>	
gibt Alternativen	15
braucht keine Tierversuche	9
Tiere kann man nicht für menschliche Krankheiten testen	6
<i>teilweise Ablehnung von Versuchen</i>	
viele Tierversuche sind unnötig	7
Tierschutzgesetz genügt nicht, zuwenig Kontrolle	6
gegen Tierversuche für Kosmetik	3
<i>diverse Motive</i>	
überhaupt für Tierschutz/bin Tierfreundln	14
aus ethischen, moralischen Gründen	9
ein Zeichen setzen, aus taktischen Gründen	5
diverse zutreffende Motive	11
diverse nicht zutreffende Motive	13
a) Zweifachnennungen möglich, N = 198 Ja-Stimmende (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 12 Befragte).	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.	

3.4 Entscheidungsmotive

Die BefürworterInnen gaben vielfältige Motive für ihren Entscheid an (siehe *Tabelle 3.3*). Ein Teil wandte sich prinzipiell gegen die Möglichkeit von Tierversuchen: Versuche seien Quälerei (19% der Nennungen / je älter, desto häufiger als Argument verwendet), Versuche dürfe man nicht tolerieren (10%), man sei generell gegen Versuche (7%). Eine zweite Gruppe sprach Tierversuchen Sinn und Nutzen ab: es gebe Alternativen (15%/ unter GPS-AnhängerInnen besonders verbreitet), es brauche keine Versuche (9%), Versuche am Tier würden gar keinen Aufschluss für den Menschen bringen (6%). Das letzte Argument war von der befürwortenden Seite erstmals und mit grossem Aufwand verbreitet worden, um die medizinischen Vorteile von Tierversuchen und die Schulmedizin überhaupt in Frage zu stellen. Mit 6 Prozent der Nennungen erzielte diese Kampagne jedoch nur wenig Resonanz.

Weitere BefürworterInnen äusserten in ihrem Pro-Motiven lediglich eine teilweise Ablehnung von Tierversuchen: 7 Prozent fanden nur viele Versuche unnötig, 6 Prozent war das Tierschutzgesetz zuwenig ausreichend und 3 Prozent waren Versuche für Kosmetik ein Dorn im Auge.

Tabelle 3.4: Tierschutzinitiative – Entscheidungsmotive von Nein-Stimmenden

Motive	Prozent der Antwortenden ^{a)}
<i>braucht Versuche</i>	
braucht Tierversuche	28
Mensch ist wichtiger	10
Tierschutzgesetz ist streng genug	8
<i>Versuche nötig wegen...</i>	
wegen der Medizin	19
wegen der Forschung	14
wegen den Kranken	3
<i>teilweises Verständnis für Anliegen des Tierschutzes</i>	
Tierversuche besser in der Schweiz, bei uns besser kontrolliert	11
geht leider nicht ohne Tierversuche	8
Versuche sind in beschränktem Mass nötig	5
<i>Motive zur Initiative</i>	
Initiative geht zu weit, ist zu radikal	18
Initiative ist Zwängerei	3
<i>diverse Motive</i>	
für Arbeitsplätze	6
diverse zutreffende Motive	7
diverse nicht zutreffende Motive	3
a) Zweifachnennungen möglich, N = 458 Nein-Stimmende (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 34).	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.	

Unter den diversen Argumenten finden sich mit 5 Prozent der Nennungen nur wenige, welche aus taktischen Gründen Ja stimmten.

Tabelle 3.4 zeigt die Motive der Nein-Stimmenden. 28 Prozent von ihnen fanden Tierversuche schlicht nötig, für 10 Prozent war der Mensch wichtiger (dies besonders häufig in der Romanie), 8 Prozent hielten das Tierschutzgesetz für streng genug. Als spezifische Zwecke von Versuchen wurden genannt: die Medizin (19 %), die Forschung (14 % / in der Westschweiz überdurchschnittlich oft) und die Kranken (3 %). Weitere Nein-Stimmende hatten teilweises Verständnis für die Anliegen des Tierschutzes: 11 Prozent wollten die Versuche wenn schon in der Schweiz durchgeführt sehen, 8 Prozent fanden trotz geäussertem Bedauern die Versuche nötig und für 5 Prozent war ein beschränktes Mass von Tierversuchen notwendig.

Das Standardargument gegen Initiativen («geht zu weit») war das Motiv von 18 Prozent der Antwortenden. Lediglich 3 Prozent äusserten von sich aus, dass drei Initiativen innert acht Jahren eine Zwängerei seien.

3.5 Unterstützung von Pro- und Kontra-Argumenten

Die ersten drei Pro-Argumente stiessen in der Gesamtbevölkerung auf keine Zustimmung. Für immerhin 39 Prozent sind Tierversuche eine Schande für die Gesellschaft (Argument 1). Dass aber Tierversuche dem Menschen schaden würden (Argument 2) oder für die chemische Vergiftung der Umwelt verantwortlich seien (Argument 3), leuchtete jeweils weniger als einem Drittel aller Befragten ein. Als einziges Pro-Argument überzeugte die Aussage, dass bei einer Abschaffung Alternativen zum Tierversuch gesucht würden (Argument 4). Sogar die Initiativ-GegnerInnen waren mehrheitlich dieser Meinung. Alle vier Pro-Argumente wurden von den AnhängerInnen der Grünen Partei besonders deutlich unterstützt. Argument 2 erzielte unter den weniger Gebildeten, Argument 3 im Tessin ein besseres Resultat. Argument 4 überzeugte in der Romandie hingegen nur eine relative Mehrheit.

Die vier Kontra-Argumente fanden in der Gesamtbevölkerung befürwortende Mehrheiten zwischen 58 und 64 Prozent. Demzufolge würden die bisherigen Gesetze zur Verhinderung von Missbräuchen genügen (Argument 5), verunmögliche die Initiative unerlässliche Forschungen (Argument 6) und wären bei einer Annahme viele Arbeitsplätze gefährdet (Argument 7). Am deutlichsten befürwortet wurde jenes Argument, das ohne Bezug zum Inhalt drei Initiativen innert acht Jahren als Zwängerei bezeichnete (Argument 8). Jeweils sehr deutlich befürwortet wurden die Kontra-Argumente von den FDP- und SVP-AnhängerInnen, die GPS-Anhängerschaft lehnte alle mehrheitlich ab.

3.6 Der Vergleich mit den früheren Initiativen

Abstimmungsresultate:

1. 12. 1985	Initiative gegen die Vivisektion	29.5 % Ja
16. 2. 1992	Initiative weg vom Tierversuch	43.7 % Ja
7. 3. 1993	Initiative zur Abschaffung der Tierversuche	27.8 % Ja

Die Resultate der drei Tierschutz-Initiativen zeigen es: mit dem Entscheid vom 7. März 93 ist die politische Diskussion über Tierversuche am selben Punkt wie schon 1985 angelangt. Weniger als ein Drittel der stimmenden Bevölkerung befürwortet ein Totalverbot von Tierversuchen. Der Achtungserfolg des Begehrens des Schweizer Tierschutzes von 1992 lag nicht an einer allmählichen Meinungsänderung zugunsten der TierversuchsgegnerInnen, sondern war – wie sich jetzt zeigt – durch den gemässigten Inhalt (kein Totalverbot) begründet.

Der Ergebnis-Vergleich der beiden ähnlich radikalen Initiativen von 1985 und 1993 beweist, dass es keine politische Entwicklung gibt. Die BefürworterInnen hofften auf eine steigende Akzeptanz durch den zweiten Anlauf – beflügelt vom Vergleich mit der Entwicklung beim Stimmrecht für Frauen und 18- bis 19jährige. Die GegnerInnen erwarteten eine sinkende Zustimmung in der Annahme, dass viele Stimmende das Vorgehen der InitiantInnen für Zwängerei halten würden.

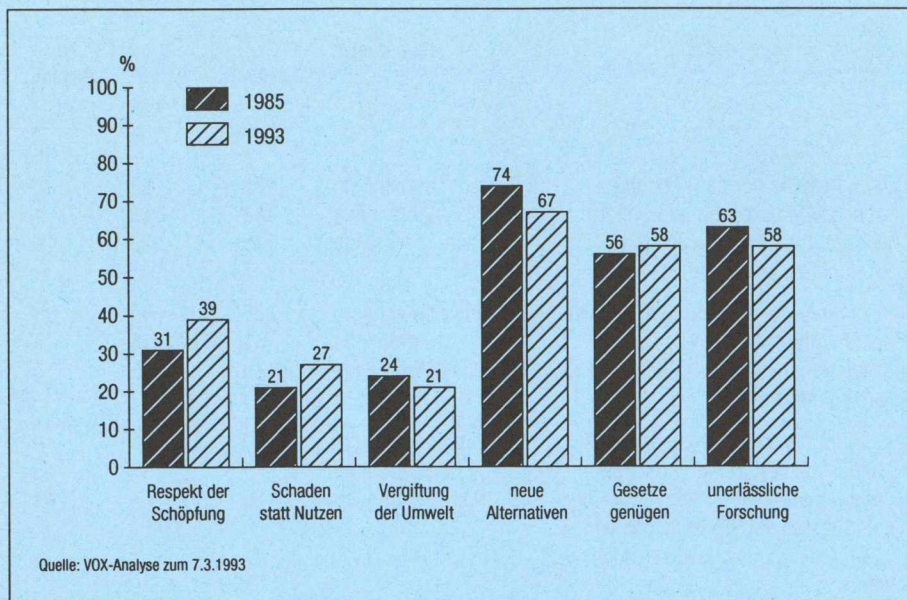
Auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Merkmalsgruppen waren nach acht Jahren in etwa dieselben: Frauen, weniger Gebildete, Angestellte in einfacher Stellung, Deutschschwei-

Tabelle 3.5: Bewertung von Pro- und Kontra-Argumenten zur Tierversuchs-Vorlage

Angaben in Zeilen-Prozent	BürgerInnen	Einver- standen	Nicht einver- standen	keine Angabe
<i>Pro-Argumente</i>				
«Aus Respekt vor der Schöpfung müssen Tierversuche abgeschafft werden. Sie sind eine Schande für unsere Gesellschaft.»	Stimmberechtigte	39	53	8
	Ja-Stimmende	80	19	1
	Nein-Stimmende	19	75	6
«Tierversuche bringen dem Menschen, seinen Mitgeschöpfen und seiner Umwelt mehr Schaden und Fluch als Nutzen und Heil.»	Stimmberechtigte	27	64	9
	Ja-Stimmende	63	33	4
	Nein-Stimmende	10	85	5
«Die immer schneller zunehmende chemische Vergiftung und Verseu- chung unserer Umwelt ist eine Folge von Substanzen, die aufgrund von Tierversuchen entwickelt worden sind.»	Stimmberechtigte	21	61	18
	Ja-Stimmende	48	37	15
	Nein-Stimmende	10	76	14
«Die Abschaffung der Tierversuche würde die Forscher veranlassen, neue alternative Möglichkeiten zu suchen.»	Stimmberechtigte	67	23	10
	Ja-Stimmende	89	10	1
	Nein-Stimmende	59	31	10
<i>Kontra-Argumente</i>				
«Die gültigen Gesetze genügen völlig, um Tierversuche zu kontrollieren und jeden Missbrauch zu vermeiden.»	Stimmberechtigte	58	33	9
	Ja-Stimmende	20	78	2
	Nein-Stimmende	81	13	6
«Die Abschaffung der Tierver- suche setzt unsere Zukunft aufs Spiel, indem sie unerlässliche For- schungen im Bereich der Gesundheit und des menschlichen Lebens verunmöglicht.»	Stimmberechtigte	58	36	6
	Ja-Stimmende	19	78	3
	Nein-Stimmende	79	19	2
«Durch die Annahme der Tierschutz- Initiative wird die Forschung in der Schweiz beschnitten, viele Arbeitsplätze sind dann gefährdet.»	Stimmberechtigte	62	31	7
	Ja-Stimmende	28	67	5
	Nein-Stimmende	80	17	3
«Eine dritte Volksinitiative innert acht Jahren zum selben Thema ist eine Zwängerei.»	Stimmberechtigte	64	30	6
	Ja-Stimmende	34	63	3
	Nein-Stimmende	83	14	3

Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.

Grafik 2: Tierversuche: Vergleich von Pro- und Kontra-Argumenten (1985–93)



zerInnen und Grüne wiesen erneut höhere Zustimmungswerte auf. Junge, Teilzeitbeschäftigte und SPS-AnhängerInnen – die damals weniger stark abgelehnt hatten – entsprachen diesmal dem Schnitt.

Sechs Statements wurden erneut in nahezu identischer Form wie 1985 den Befragten vorgelegt. Der Vergleich der Antworten aller Stimmberechtigten in Grafik 2 beweist ebenfalls, wie wenig sich die Meinungen verändert haben (siehe Argumente 1–6 in *Tabelle 3.5* für den genauen Wortlaut).

Die Schwankungen liegen im Streubereich zwischen 2 und 8 Prozent; je zwei Pro- und je ein Kontra-Argument gewannen und verloren leicht an Zustimmung. Die stärksten Bewegungen erfuhren Argument 1 (Tierversuche müssten aus Respekt vor der Schöpfung abgeschafft werden / plus 8 %) und Argument 4 (die Abschaffung würde die ForscherInnen veranlassen, neue Alternativen zu suchen / minus 7 %).

Fazit: Während die TierversuchgegnerInnen in der Abstimmung keinen Boden gewonnen haben, ergaben sich unter dem Druck ihrer Initiativen Verbesserungen des Tierschutzgesetzes und eine kontinuierliche freiwillige Reduktion der Zahl der getöteten Versuchstiere.

4. Die Stimmbeteiligung

Fast exakt die Hälfte der Stimmberechtigten ging am 7. März 1993 an die Urnen; je nach Vorlage differierte die Stimmbeteiligung leicht: gemäss der Bundeskanzlei lag sie bei der Treibstoffzoll-Vorlage mit 50.7 Prozent am höchsten (dieser Wert wird im folgenden als allgemeine Stimmbeteiligung verwendet). Bei der Spielbanken-Vorlage betrug die Beteiligung 50.4 Prozent und bei der Tierversuchs-Initiative 50.2 Prozent.

4.1 Art der Stimmabgabe

Von der Gesamtheit der Stimmenden waren 76 Prozent selbst an die Urne gegangen, 22 Prozent stimmten per Post und lediglich 2 Prozent liessen sich an der Urne vertreten. Mehrere Kantone erleichterten in letzter Zeit die Möglichkeit brieflich zu stimmen; die Zahl der Personen, die davon Gebrauch machten, ist damit gestiegen. Welche Personengruppen benutzen nun besonders diese neue Art der Stimmabgabe? *Tabelle 4.1* zeigt den Vergleich (der geringe Anteil der Stellvertretungen wird im folgenden bei der Prozentuierung nicht mehr berücksichtigt).

Zuerst ist festzuhalten, dass die briefliche Stimmabgabe vor allem in der Deutschschweiz vorkommt; in der Westschweiz machten nur 7 Prozent davon Gebrauch, im Tessin (wo die briefliche Stimmabgabe jedesmal neu beantragt werden muss) gar niemand der Befragten. Zwischen dem Geschlecht, der Bildung und vielen politischen Merkmalen sowie der Art der Stimmabgabe besteht kein Zusammenhang. Signifikante Zusammenhänge zeigten sich beim Alter (die Jungen stimmten zu einem Drittel per Post), bei der beruflichen Stellung (fast alle LandwirtInnen hielten an der traditionellen Stimmabgabe fest), der Ansässigkeit am Wohnort (Neuzugezogene zeigten sich weniger an der Urne) und der Siedlungsart (je städtischer, desto mehr Briefstimmende). Je stärker sich jemand von den drei Vorlagen betroffen fühlte, desto eher wurde der Urnengang bevorzugt. Am ausgeprägtesten zeigte sich dies bei der Tierschutz-Initiative. Nur bei diesem Abstimmungsgegenstand bestand auch ein (schwacher) Zusammenhang mit dem Ja/Nein-Entscheid: die Ja-Stimmenden gingen eher an die Urne.

Verglichen mit anderen Urnengängen, an welchen sich in den letzten Jahren jeweils ungefähr 40 Prozent der Stimmberechtigten beteiligten, war die Stimmbeteiligung überdurchschnittlich hoch. Beteiligungen zwischen 30 und 35 Prozent gelten als tief; jene um die 50-Prozentmarke können als hoch bezeichnet werden. Der «Traumwert» von fast 80 Prozent bei der Abstimmung über den EWR ist im Normalfall unerreichbar.

Die relativ grossen Schwankungen in der Stimmbeteiligung hängen normalerweise von den Themen der Sachvorlagen ab. Etwa die Hälfte der Stimmberechtigten macht nur gelegentlich Gebrauch vom Stimmrecht, und zwar dann, wenn:

- vorlagenspezifische Kenntnisse vorhanden sind;
- sich die StimmbürgerInnen von den Vorlagen betroffen fühlen und sie Auswirkungen auf ihr eigenes Leben erwarten;
- es den StimmbürgerInnen leicht fällt, sich aus den zur Verfügung stehenden Informationen eine eigene Meinung zu bilden.

Tabelle 4.1: Art der Stimmabgabe (7. März 93)

Merkmal/Kategorie	an der Urne (Anteil in Prozent)	per Post (Anteil in Prozent)	Cramer's V (wenn signifikant)
<i>Geschlecht</i>			
Männer	77	23	
Frauen	77	23	
<i>Alter</i>			0.15
18–29	65	35	
30–39	80	20	
40–49	82	18	
50–59	82	18	
60–69	74	26	
70 und älter	82	18	
<i>Schulbildung</i>			
Obligatorische Schulen	85	15	
Berufsschule u.ä.	76	24	
Gymnasium, Universität	76	24	
<i>Erwerbstätige nach beruflicher Stellung</i>			0.16
Selbständige, Leitende Angestellte	81	19	
Angestellte in mittlerer Stellung	74	26	
Übrige Angestellte	70	30	
ArbeiterInnen	78	22	
LandwirtInnen	97	3	
<i>Ansässigkeit am Wohnort:</i>			0.12
bis 5 Jahre am Ort	66	34	
mehr als 5 Jahre am Ort	80	20	
<i>Landesteil</i>			0.23
Deutsche Schweiz	72	28	
Französische Schweiz	93	7	
Italienische Schweiz	100	0	
<i>Siedlungsart</i>			0.12
Grossstädtische Agglomerationen	72	28	
Mittel- / Kleinstädt. Agglomerationen	75	25	
Landgemeinden	84	16	
<i>Betroffenheit durch Tierversuchs-Vorlage</i>			0.16
klein	75	25	
mittel	72	28	
gross	89	11	
<i>Entscheid zur Tierversuchs-Vorlage</i>			0.08
ja	82	18	
nein	75	25	
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

4.2 Kenntnisstand

Die Erinnerung der zur Abstimmung gekommenen Vorlagentitel war überdurchschnittlich gut. Am besten schnitt die Treibstoffzoll-Vorlage ab: 91 Prozent der Befragten nannten den Titel dieses Sachgeschäftes aus ihrem Gedächtnis (siehe *Tabelle 4.2*). Etwas weniger gut waren die Werte bei der Tierschutz-Initiative (82 %) und der Spielbankenzulassung (74 %). Wie üblich konnten sich die Stimmenden besser an die Vorlagen erinnern als die Nicht-Stimmenden.

Auch bei der Frage nach der Abstimmungsempfehlung des Bundesrates blieb das Thema des Benzinpreises am besten im Gedächtnis haften: 88 Prozent erinnerten sich richtig an die Haltung des Bundesrates. Bei der Aufhebung des Spielbankenverbotes waren es 81 Prozent, bei der Tierschutz-Initiative immerhin noch 73 Prozent.

Tabelle 4.2: Kenntnisse nach Vorlagen

Kenntnisse der Abstimmungs- vorlagen in Prozent	Stimm- berechtigte	Stimmende	Nicht- Stimmende
«Kenntnis des Vorlagen-Titels»			
Treibstoffzoll-Erhöhung	91	95	81
Spielbankenzulassung	74	81	59
Tierschutz-Initiative	82	88	69
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

4.3 Betroffenheit

Trotz relativ hoher Stimmbeteiligung fühlten sich die Befragten von den drei Sachgeschäften nicht besonders betroffen. Von der Treibstoffzoll-Erhöhung und der Tierschutz-Initiative erwarteten je 22 Prozent eine grosse Auswirkung auf die eigene Person (siehe *Tabelle 4.3*). Eine hohe persönliche Betroffenheit durch die Spielbankenzulassung gaben nur 12 Prozent der Stimmberechtigten an. Unter den Stimmenden war die Betroffenheit leicht höher.

Tabelle 4.3: Betroffenheit nach Vorlagen

Betroffenheit in Prozent	Stimm- berechtigte	Stimmende	Betroffenheit im Zeitvergleich
«Hohe persönliche Betroffenheit»			
Treibstoffzoll-Erhöhung	22	23	Mittel
Spielbankenzulassung	12	14	Gering
Tierschutz-Initiative	22	25	Mittel
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

Tabelle 4.4: Entscheidungsschwierigkeit nach Vorlagen

Entscheidungsschwierigkeit in Prozent	Stimm- berechtigte	Stimmende	Schwierigkeit im Zeitvergleich
«Vorlage war eher leicht zu beurteilen»			
Treibstoffzoll-Erhöhung	82	90	Klein
Spielbankenzulassung	80	88	Klein
Tierschutz-Initiative	69	78	Klein
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

4.4 Entscheidungsschwierigkeiten

Die Stimmberechtigten hatten wenig Probleme, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild von den Auswirkungen der eidgenössischen Vorlagen zu machen. 82 Prozent der Stimmberechtigten ist es leicht gefallen, die Frage der Treibstoffzoll-Erhöhung zu beurteilen (siehe Tabelle 4.4). Bezüglich der Spielbankenzulassung betrug der Wert 80 Prozent. Relativ am grössten waren die Entscheidungsschwierigkeiten bei der Tierversuchs-Vorlage, nur 69 Prozent fanden sie leicht zu beurteilen. Den Stimmenden fielen die Entscheide jeweils noch leichter als den Stimmberechtigten.

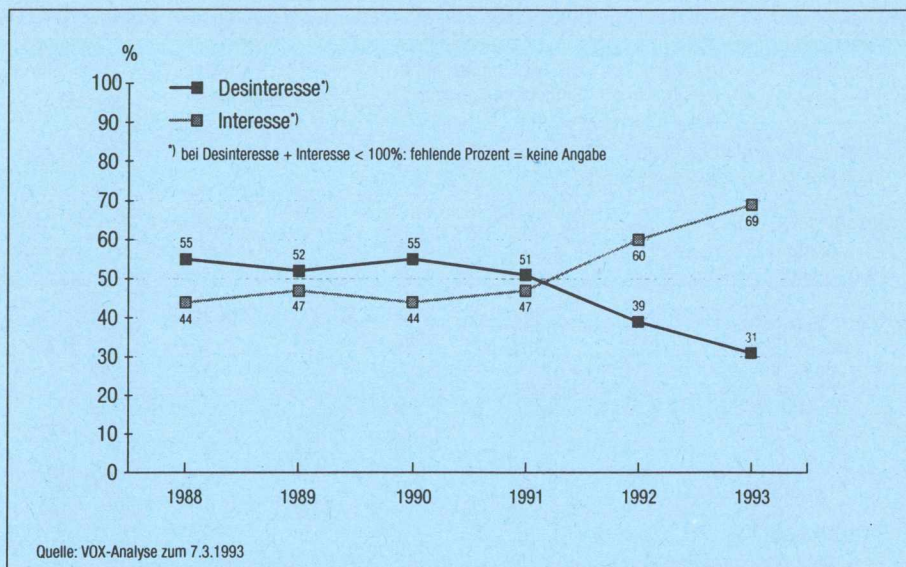
Am meisten zur Beurteilung der Vorlagen wurden Zeitungen benutzt, 78 Prozent der Stimmberechtigten verwendeten sie. Auch häufig genutzt wurden Fernsehen (71 %) und Radio (59 %). Weniger als die Hälfte der Befragten informierten sich mit dem offiziellen Bundesbüchlein (48 %), Inseraten (44 %), LeserInnenbriefen (40 %) und Strassenplakaten (22 %). Bei weniger als 20 Prozent fanden Informationen am Arbeitsplatz, Prospekte und Standaktionen Beachtung.

Befragt nach dem Zeitpunkt des Entscheides, Ja oder Nein zu stimmen, ergaben sich keine Differenzen zwischen den drei Vorlagen. Jeweils rund 45 Prozent der Stimmenden wussten «schon von Beginn weg», was sie stimmen würden. Rund 21 Prozent fällten den Entscheid einige Wochen vor dem Urnengang, 16 Prozent eine bis zwei Wochen, rund 8 Prozent wenige Tage vorher und rund 6 Prozent direkt vor dem Urnengang.

Alle untersuchten Variablen zeigen, dass die Benzinpreiserhöhung die grösste Mobilisierung entfaltete und den Befragten am besten in der Erinnerung blieb. Auf das geringste Interesse stiess die Zulassung der Spielbanken. Die bisherigen Resultate dieses Kapitels zeigen jedoch auch (im Zeitvergleich mit früheren VOX-Analysen), dass keine der Vorlagen eine starke Mobilisierungswirkung entfaltet hat. Die relativ grosse Stimmbeteiligung von 50 Prozent lässt sich nicht mit den Themen Treibstoffzoll, Spielbanken und Tierversuche allein erklären.

Einen Hinweis gibt jedoch das grosse politische Interesse der Befragten (siehe Grafik 3).² Zwischen 1988 und 1991 gaben jeweils zwischen 44 und 47 Prozent der Befragten an, politisch

Grafik 3: Politisches Interesse (1988–1993)



interessiert zu sein; 51 bis 55 Prozent äusserten ihr Desinteresse. In der Nachbefragung für die VOX-Analyse zur EWR-Abstimmung vom vergangenen Dezember schnellte der Anteil der politisch Interessierten auf 60 Prozent hinauf. Dies war nicht erstaunlich, da doch der EWR-Vertrag die Schweiz monatelang stark bewegt und die Stimmbeteiligung einen einmaligen Wert von fast 80 Prozent erreicht hatte. Bei der neuesten VOX-Analyse ist der Anteil der politisch Interessierten aber erneut auf 69 Prozent gestiegen. Die drei Vorlagen vom 7. März können kaum der Grund für diesen hohen Wert sein. Deren Beachtungsgrad und Konfliktivität lassen sich in keiner Art und Weise mit der EWR-Abstimmung vergleichen. Entweder hat mit der Diskussion um die Integration in Europa ein Politisierungs-Schub eingesetzt, der immer noch anhält, oder die Ereignisse um den unmittelbar vor dem 7. März stattgefundenen 1. Wahlgang der Bundesrätinnenwahl haben das Interesse der SchweizerInnen an der Politik so stark angeheizt. Die weiteren VOX-Analysen werden zeigen, ob das hohe politische Interesse anhält oder wieder auf das frühere Niveau zurückfällt.

Es lässt sich jedoch feststellen, dass die überdurchschnittliche Stimmbeteiligung vom 7. März nicht an den drei Abstimmungsvorlagen lag, sondern daran, dass das Interesse an der Politik in der Schweiz in den letzten Monaten deutlich grösser geworden ist.

2 Interesse = «sehr» und «eher» interessiert, Desinteresse = «eher nicht» und «überhaupt nicht» interessiert an Politik. Quellen: Claude Longchamp: «Politisch-kultureller Wandel in der Schweiz», in: Plasser/Ullram: «Staatsbürger oder Untertanen?», Frankfurt a.M. 1991; VOX-Analysen zum 6.12.92 (EWR) und 7.3.93.

Tabelle 4.5: Die Stimmbeteiligung nach gesellschaftlichen Merkmalen am 7.3.1993

Merkmal/Kategorie	Abweichung von der durchschnittl. Stimmbeteiligung in %	Cramer's V (wenn signifikant)	N Total (alle Befragten)
Effektive Stimmbeteiligung:	51%		
Erhobene Stimmbeteiligung gemäss VOX:	72%		
<i>Geschlecht</i>		0.11	
Männer	+5		520
Frauen	-5		497
<i>Alter</i>		0.19	
18-29	-12		214
30-39	-5		214
40-49	+2		211
50-59	+10		147
60-69	+12		121
70 und älter	+4		107
<i>Schulbildung</i>		0.14	
Obligatorische Schulen	-12		182
Berufsschule u.ä.	+1		557
Gymnasium, Universität	+7		273
<i>Erwerbsgrad</i>			
Voll-Erwerbstätige	—		500
Teil-Erwerbstätige	-4		157
Erwerbstätige nach beruflicher Stellung:		0.10	
- Selbständige, Leitende Angestellte	+4		157
- Angestellte in mittlerer Stellung	+3		213
- Übrige Angestellte	-5		85
- ArbeiterInnen	-15		134
- LandwirtInnen	+22		36
Nicht-Erwerbstätige	+1		330
- in Ausbildung	+2		39
- im Haushalt tätig	-1		130
- in Pension	+3		157
<i>Eigentumsverhältnis Wohnung</i>		0.16	
Eigentum	+9		403
Miete	-5		609
<i>Ansässigkeit am Wohnort</i>		0.11	
bis 5 Jahre am Ort	-9		219
mehr als 5 Jahre am Ort	+3		796

Merkmal/Kategorie	Abweichung von der durchschnittl. Stimmbeteiligung in %	Cramer's V (wenn signifikant)	N Total (alle Befragten)
<i>Landesteil</i>		0.10	
Deutsche Schweiz	+2		750
Französische Schweiz.....	-5		226
Italienische Schweiz	-5		39
<i>Siedlungsart</i>			
Grossstädtische Agglomerationen	-3		347
Mittel- / Kleinstädt. Agglomerationen	+2		288
Landgemeinden	+2		381
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

4.5 Die Stimmbeteiligung nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalsgruppen

Bei der VOX-Nachbefragung erklärten 72 Prozent der Befragten, sie hätten sich am Entscheid beteiligt. Diese erhebliche Diskrepanz tritt regelmässig bei Nachbefragungen auf. Sie ist einerseits darauf zurückzuführen, dass viele Leute einen sozialen Druck zur Stimmausgabe verspüren und eine Nicht-Teilnahme nicht zugeben wollen. Andererseits können Gruppen mit sehr tiefer Stimmbeteiligung (z.B. Obdachlose) bei Repräsentativ-Befragungen kaum erfasst werden. Angesichts der bekannten Ungenauigkeit der selbst deklarierten Stimmbeteiligung werden in den beiden folgenden Tabellen bei den einzelnen Subgruppen nur die Abweichungen von der durchschnittlichen Stimmbeteiligung angegeben, nicht aber die absoluten Zahlen.

Die Nachbefragung zur Abstimmung vom 7. März 1993 bringt bezüglich der gesellschaftlichen Merkmale keine wesentlichen Überraschungen (*Tabelle 4.5*): Männer partizipieren mehr als Frauen, Ältere mehr als Jüngere, Gebildete mehr als weniger Gebildete, Besitzende von Wohneigentum mehr als MieterInnen, Alteingesessene mehr als Zugezogene und DeutschschweizerInnen mehr als die BewohnerInnen der lateinischen Schweiz. Den stärksten Zusammenhang mit der Stimmbeteiligung zeigt das Alter der Befragten; zwischen 18 und 69 steigt die Beteiligung kontinuierlich an, ab 70 Jahren geht sie wieder etwas zurück.

Gleich stark oder noch stärker ist die Beziehung zwischen der Stimmbeteiligung und den drei politischen Merkmalen Parteiidentifikation, Links/Rechts-Orientierung sowie Politikinteresse (siehe *Tabelle 4.6*). Wie üblich nahmen jene eher an der Abstimmung teil, die sich mit einer Partei identifizieren oder sich auf der Links-Rechts-Achse einstufen konnten. Den höchsten Beteiligungswert wiesen diesmal die LdU/EVP-AnhängerInnen und die ganz rechts Politisier-

Tabelle 4.6: Die Stimmbeteiligung nach politischen Merkmalen am 7.3.1993

Merkmal/Kategorie	Abweichung von der durchschnittl. Stimmbeteiligung in %	Cramer's V (wenn signifikant)	N Total (alle Befragten)
Effektive Stimmbeteiligung:	51%		
Erhobene Stimmbeteiligung gemäss VOX:	72%		
<i>Parteiidentifikation</i>		0.23	
SPS	+6		151
GPS	+10		39
LdU/EVP	+19		32
CVP	+6		77
FDP	+11		110
SVP	+9		64
AP	+13		26
keine Parteibindung	-11		441
<i>Links/Rechts-Orientierung</i>		0.19	
ganz links	+12		38
links	+5		249
mitte	+2		347
rechts	+5		168
ganz rechts	+23		19
kann sich nicht einordnen	-17		170
<i>Interesse an der Politik</i>		0.34	
überhaupt nicht interessiert	-37		78
eher nicht interessiert	-15		239
eher interessiert	+8		466
sehr interessiert	+14		231
Quelle: VOX-Analyse zum 7.3.93.			

renden auf. Wer hingegen keine Partei oder keinen politischen Standort angeben konnte – und sich damit als politisch wenig integriert erwies – ging mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit an die Urne.

Den stärksten Einfluss auf die Stimmbeteiligung hatte jedoch das Interesse an der Politik. Der Unterschied zwischen der Beteiligung der überhaupt nicht interessierten und jener der sehr interessierten Personen betrug volle 51 Prozent.

5. Zur Methodik dieser Befragung

Grundlage für die vorliegende Analyse bildet eine vom GfS-Forschungsinstitut in den drei Wochen nach der Abstimmung durchgeführte Befragung. Die Stichprobenbildung erfolgte nach dem üblichen Vorgehen bei VOX-Analysen. Befragt wurden 1017 Stimmberechtigte, die nach einem kombinierten Random/Quota-Verfahren für Ortschaften und Personen ausgewählt wurden. Damit ist eine anteilmässige Vertretung der Geschlechter, Altersgruppen, Berufe, Siedlungsarten und Sprachregionen garantiert. In der Deutschschweiz wurden 750, in der Romandie 226 und in der italienischen Schweiz 39 Interviews realisiert.

Die Grösse der Stichprobe ergibt bei einer Zufallsauswahl ein Vertrauensintervall von ± 3 Prozent. Das heisst, ein Tabellenwert von 50 Prozent liegt mit einer 95 prozentigen Wahrscheinlichkeit zwischen 47 und 53 Prozent.

Die Datenauswertung erfolgte mit der PC-Version des Statistikpaketes SPSS. Die Interpretation der bivariaten Zusammenhänge stützt sich auf das Mass für den Zusammenhang Cramer's V. Dieses misst die Stärke der Beziehung zwischen zwei Variablen. Es nimmt den Wert 1 bei vollständiger Übereinstimmung und den Wert 0 bei absolut keiner Übereinstimmung an. Werte unter 0.15 weisen auf einen sehr schwachen Zusammenhang hin. Die Signifikanz gibt die Irrtumswahrscheinlichkeit an, mit der ein Zusammenhang auch in der Grundgesamtheit (Stimmende oder Stimmberechtigte der Schweiz) angenommen werden kann. In den Tabellen wird Cramer's V nur angegeben, wenn die Irrtumswahrscheinlichkeit höchstens 0.05 beträgt. In diesem Fall gilt ein Zusammenhang mit 95 prozentiger Sicherheit.



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi de votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. März 1993

Die Hauptergebnisse

Die Erhöhung des Treibstoffzolls

20 Rappen mehr pro Liter Benzin bezahlen? Diese Frage polarisierte die Stimmenden am 7. März 1993 stark. Besonders deutlich fiel die Zustimmung bei den über 69jährigen, den Studierenden, den Pensionierten und den Personen ohne Auto aus. Eine klare Abfuhr erlitt die Vorlage von den ArbeiterInnen, den Romands, den TessinerInnen, der AP-Anhängerschaft und von jenen Personen, welche sich vom Abstimmungsgegenstand stark betroffen fühlten. Auch die Personen ohne Regierungsvertrauen und mit wenig politischem Interesse sowie diejenigen, welche sich nicht mit einer Partei identifizieren oder sich nicht auf der Links-Rechts-Achse einstufen konnten, lehnten die Benzinpreiserhöhung ab. Es waren also die politisch interessierten und engagierten StimmbürgerInnen (fast egal welcher Couleur), die der Vorlage zur Annahme verholten haben. Unter den Nicht-Stimmenden dagegen bestand eine ablehnende Mehrheit.

Meistgenanntes Motiv der Ja-Stimmenden war die leere Bundeskasse. In der Deutschschweiz wurden an zweiter Stelle die zu billige Mobilität und der Umweltschutz als Argumente genannt – in der Westschweiz dagegen war nach der Bundeskasse gleich der Strassenbau an der Reihe. Obwohl am 7. März eine Steuererhöhung bewilligt wurde, ist eine deutliche Mehrheit der Befragten und selbst der Ja-Stimmenden der Meinung, der Bund solle lieber sparen, als immer neue Steuern zu erheben.

Die Aufhebung des Spielbankenverbotes

Die Spielbanken-Vorlage warf im Abstimmungskampf wenig Wellen. Die einzelnen gesellschaftlichen und politischen Merkmalsgruppen stimmten denn auch dem Verfassungstext mit der jeweils ungefähr gleichen Dreiviertels-Mehrheit zu. Über dem Schnitt lagen die Angestellten in tieferer Stellung, unter dem Schnitt die LdU/EVP-AnhängerInnen und die sich ganz links einstuftenden Personen.

Wichtigstes Motiv dieser breiten Zustimmung bildete der Wunsch, dass das von den SpielerInnen verspielte Geld in der Schweiz bleibe. Die Vorteile für die AHV-Kasse und für den Tourismus waren sekundär.

Die Initiative zur Abschaffung der Tierversuche

Die dritte Initiative zum Schutz der Tiere erlitt das gleiche Schicksal wie die erste, die 1985 zur Abstimmung gekommen war. Auch nach acht Jahren ist kaum ein Drittel der Stimmenden für ein Totalverbot der Tierversuche zu gewinnen. Am 7. März fand das Anliegen die grösste Zustimmung bei den Teil-Erwerbstätigen, den Angestellten in unterer Stellung, der GPS-Anhängerschaft, den NachmaterialistInnen sowie bei den sich links und ganz rechts situierenden Personen. Von den 60–69jährigen, den FDP/SVP-AnhängerInnen, den sich rechts einstuftenden Personen und jenen mit Regierungsvertrauen wurde die Initiative besonders deutlich verworfen.

Die ablehnende Mehrheit war trotz teilweise Verständnis für die Anliegen des Tierschutzes der Meinung, dass Tierversuche weiterhin nötig seien. Der Vergleich der Zustimmung zu sechs Aussagen zum Thema Tierversuche erhärtet den Befund, dass die politische Diskussion am selben Ort wie vor acht Jahren steht. Die Meinung der Stimmberechtigten veränderte sich in dieser Zeit nur um Nuancen.

Die Stimmbeteiligung

76 Prozent der Stimmenden gingen selbst zur Urne, 22 Prozent stimmten per Post. Die briefliche Stimmabgabe bevorzugten besonders Junge und Neuzugezogene, fast alle LandwirtInnen hielten an der traditionellen Stimmabgabe fest.

Der Vergleich der Kenntnis der Vorlagen-Titel, der persönlichen Betroffenheit und der Entscheidungsschwierigkeiten zeigt, dass die Treibstoffzoll-Erhöhung die grösste Mobilisierungswirkung entfaltete. Trotzdem kann die relativ hohe Stimmbeteiligung von 50 Prozent mit den drei Vorlagen nur ungenügend erklärt werden. Ausschlaggebend war sehr wahrscheinlich das starke politische Allgemein-Interesse in der Bevölkerung, das im Vergleich zur EWR-Abstimmung noch einmal gestiegen ist.

Europa-Barometer Schweiz

Seit 1989 realisiert das GfS-Forschungsinstitut unter dem Titel «Europa-Barometer Schweiz» regelmässig auch Befragungen zum europäischen Integrationsprozess. Diese Untersuchungen analysieren Wissen, Einstellungen und Verhaltensweisen in der Europa-Frage der schweizerischen Stimmberechtigten. Das Europa-Barometer Schweiz versteht sich als unabhängiges Forschungsprojekt und wird 1992 unter anderem getragen von staatlichen Stellen, Verbänden und Firmen der Wirtschaft, drei Regierungsparteien, drei Medien-Verlagen und zwei Agenturen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit.

An Forschungsberichten sind bisher erschienen (Stand September 1992):

- Claude Longchamp: Analyse der politischen Konfliktlinien in der Europa-Frage (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 1), Bern 1990.
- Wolf Linder, Claude Longchamp: Die Haltung der Schweizer Bevölkerung zur Europäischen Gemeinschaft. Vorabklärungen zur Erstellung eines schweizerischen Europa-Barometers (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 2), Bern 1991.
- Claude Longchamp: Ein Europa-Barometer für die Schweiz! (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 3), Adliswil/Bern 1991.
- Claude Longchamp: Fallen Volks- und Ständemehr bei einer EG-Volksabstimmung zwangsläufig auseinander? (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 4), Adliswil 1991.
- Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Claude Longchamp: Aktuelle Trends in der EG-Haltung Österreichs und der Schweiz (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 5), Adliswil 1991.
- Dossier Österreich: Analysen der EG-Haltung in unserem Nachbarland, Red. Claude Longchamp (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 6), Adliswil 1991.
- Claude Longchamp: Die Wende. Analyse der EWR/EG-Haltung unter den Schweizer Stimmberechtigten und in der Europäischen Gemeinschaft (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 7), Adliswil 1991.
- Claude Longchamp: Europa-Barometer für die Schweiz. Hauptergebnisse der Frühjahreswelle 1992 (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 8), Adliswil 1992.
- Claude Longchamp: Europa-Barometer Schweiz. Stabilisierte Haltungen im historischen Moment (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 9), Bern 1992.
- Peter Spichiger Carlsson: Die jungen Erwerbstätigen und ihre Einstellung zu Europa. Trenddaten aus der ADIA-Datenbank (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 10), Adliswil 1992.
- Dossier Ost- und Mitteleuropa: Zusammenstellung neuer Informationen aus den Ländern Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien. Redaktion Claude Longchamp, (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 11), Bern 1992.
- Europa-Chronik: Politische Ereignisse in der Schweiz (17. Mai bis 14. August 1992), Red. Claude Longchamp (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 12), Bern 1992.
- C'est oui! Premières analyses du référendum sur l'Union politique en France du 20 septembre 1992, rédigé par Claude Longchamp (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 13).
- Europa-Chronik 11.9.-27.9.92, Red. A. Rickenbacher, C. Longchamp (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 14) Bern 1992.
- Claude Longchamp: Die Schweiz und Europa – ein ziemlich normaler Sonderfall. Hauptergebnisse der Herbstbefragung 1992 (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 15) Bern 1992.

Abonnementsbedingungen können beim GfS-Forschungsinstitut, Büro Bern, Bärenplatz 2, 3011 Bern, (Telefon 031 22 08 06, Fax 031 22 0819), bestellt werden.